

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren). Bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Versands-Anzeigen für die dreispaltigen Zeitzeile ober deren Raum 30 A.

## Wissen ist Macht! Bildung führt zur Freiheit!

**Inhalt:** Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften: Leipzig, Steintin. Berichte. Aus der österreichischen Maurerorganisation. Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitererfolg, Subventionen etc. — Aus anderen Verufen. Aus den Lumpenverbänden. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

### „Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.“

So lautet der Titel einer „Mahnung“ von Dr. jur. Otto Wallenstedt, die als Heft 7 der „Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen“, herausgegeben von Dr. Alexander Tille, im Verlage von Otto Elsner, Berlin, erschienen ist. Herr Tille ist Bediensteter des Scharfmacherbundes; schon oft hat er sich durch heftige Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und auf die Arbeiterorganisation herorgetan. Auch die von ihm jetzt veröffentlichte Schrift entspricht dieser Tendenz. Ihr Verfasser läßt schon im Vorwort keinen Zweifel darüber, was seines Kinds er ist. Der leidige Hyperradikalismus, die Revolutionsromantik, zu deren Verkünder sich beehufte von den Ereignissen in Rußland, einige wortführende Elemente in der sozialdemokratischen Partei gemacht haben, bietet ihm, wie ja dem Scharfmachertum überhaupt, Anlaß, die Partei und die Gewerkschaften als eine zum „gewalttätigen Umsturz“ verschworene Macht hinzustellen und gegen sie an die Staatsgewalt zu appellieren. Kühnlich behauptet er:

„Die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, haben auf dem Parteitag in Jena auch ihrerseits den Generalstreik als äußerstes Kampfmittel angenommen; nur die günstigere Gelegenheit soll vorbehalten bleiben.“

Das ist eine entweder aus bemitleidenswerter Unkenntnis über die einschlägigen Tatsachen resultierende, oder wider besseres Wissen vorgebrachte Unwahrheit. Auf dem Jenaer Parteitag waren die Gewerkschaften als solche gar nicht vertreten. Und die meisten derjenigen Gewerkschaftsleiter bzw. Beamten, die in ihrer Eigenschaft als Parteigenossen an ihm teilnahmen, haben sich mehr oder weniger entschieden gegen den politischen Massenstreik ausgesprochen, und zwar entsprechend der Haltung, die der vorjährige Gewerkschaftskongreß zu dieser Frage eingenommen hat, worüber es bekanntlich in Jena zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß seitdem auch nur eine einzige der hier in Betracht kommenden großen gewerkschaftlichen Organisationen sich für den politischen Massenstreik ausgesprochen hätte. Wohl aber haben die Organe dieser Organisationen nach wie vor diese Idee bekämpft.

Sollte Dr. Wallenstedt das wirklich nicht wissen? Dann trifft ihn der Vorwurf unerhörter Leichtfertigkeit des Urteils; denn diese von uns hier vorgebrachte Wahrheit hätte er aus dem gewöhnlichen Studium des Tagespresse entnehmen können. Aber ihm paßt es nun einmal so und nicht anders in den Kram, um festzustellen, daß „die Sozialdemokratie affiliierten Arbeiterberufsvereine nach allgemeiner Erkenntnis radikaler und herausfordernder geworden sind“, und daß die Arbeiterfrage „mehr als je mit der Tendenz des gewalttätigen politischen Umsturzes verquickt worden“ sei. Vor allen

Dingen will er, daß die Staatsgewalt darauf bedacht ist, alles zu verhindern, was die Organisationen der Arbeiter zu kräftigen im Stande ist; denn „je stärker ihre Organisation, desto gefährlicher die Revolution“. Diese absurde Idee ist ja allerdings nicht neu. Hat doch schon vor mehr als zwanzig Jahren der ehemalige preussische Polizeiminister v. Puttkamer im Reichstage gegen die Arbeiterorganisationen zu heben versucht, indem er sagte, hinter ihrem Wirken, besonders hinter den Streiks, „lauert die Hydra der Revolution“. Um so weniger regen wir uns darüber auf, daß die „Ordnungspolitiker“ jetzt den Hyperradikalismus zum Vorwand nehmen, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen die Tendenz des „gewalttätigen Umsturzes“ beizumessen.

Dr. Wallenstedt behilft sich einleitend weiter mit der alten Phrase des Verächters des kapitalistischen Interesses: Gewiß seien „noch vielen Arbeitern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu wünschen, vielfach seien aber auch die Ansprüche übertrieben und maßlos“. Bis jetzt sind aber noch alle Ansprüche, die die Arbeiter erhoben haben, von jenen Seiten als „übertrieben und maßlos“ bezeichnet worden, mochten sie noch so bescheiden, noch so offenbar gerechtfertigt sein. Immer haben die Kapitalisten und ihre Machher der öffentlichen Meinung erklärt: „Wir wünschen den Arbeitern eine bessere Lebenslage.“ Aber sobald die Arbeiter die Initiative ergriffen, um ihrem Bedürfnis nach Besserung ihrer Existenzbedingungen zu genügen, wurden die heftigsten Angriffe gegen sie gerichtet. Das läßt sich Fall für Fall durch Jahrzehnte hindurch nachweisen.

So bereitet sich Dr. Wallenstedt den Boden, von dem aus er seine arbeiterfeindlichen Anschauungen entwickelt. Er ist — wie sich das für einen Mann, der im Interesse des Scharfmacherbundes schreibt, ganz von selbst versteht — ein entschiedener Gegner der Entwicklung der Sozialpolitik. Er macht die von sozialdemokratischer Seite schon oft hervorgehobene Tatsache geltend, daß die „staatsfeindlichen“ Parteien seit einer längeren Reihe von Jahren im Reichstage eine Art Wettrennen auf diesem Gebiete mit sozialpolitischen Anträgen, Anregungen und Anfragen veranstaltet haben, um die „Gunst der Massen“ zu gewinnen. Das, so sagt er, bringe „das höchst demokratische Reichstagswahlrecht eben mit sich“. Die leiberrige Sozialpolitik habe nur die „subversiven Elemente“ gefördert; die Mahnung zum Maßhalten sei nicht beachtet worden; was zur „Bekämpfung der Sozialdemokratie“ dienen sollte, sei ins Gegenteil umgeschlagen. Immer habe die Regierung „der populären Strömung, die Macht der Arbeiter zu heben“ (?) nachgegeben, und deshalb habe sie auch nicht festgehalten an ihrer Vorlage, betreffend den „Schutz der Arbeitswilligen“. Selbst wenn diese Vorlage einseitig zu Gunsten der Arbeitgeber gewesen wäre (sie war es durchaus!), so habe sie „jedemfalls den völlig richtigen Grundgedanken“ Arbeitswilligen Schutz gegen den Zwang der Streikenden, der Organisationen, zu gewähren, enthalten. Gegen die organisierten Arbeiter muß auch die alte bekannte, wer weiß wie oft schlagend widerlegte, frivole Behauptung erhalten, daß sie in den Krankenkassen und mit ihnen den „flandoltesten Mißbrauch“ treiben, daß diese Klassen „notorisch am meisten Zummelpfad der Sozialdemokraten geworden sind“. Ueberhaupt beweise die Entwicklung der letzten Zeit, daß die Sozialdemokratie

„den Zwangs- und Zuchthausstaat vorbereiten“ wolle.

Was kann man mehr von einem Doctor juris ordnungspolitischer und Scharfmacherischer Observanz verlangen? Daß der Herr die Frage der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine als eine reine Rechtsfrage behandelt, daraus an sich ist ihm kein Vorwurf zu machen. Denn wie die Dinge liegen, ist sie tatsächlich eine Rechtsfrage, deren Kern das Koalitionsrecht bildet. Dieses Recht einzuschränken, zu untergraben und zu vernichten, oder wenigstens es illusorisch zu machen, soweit die Arbeiter dabei in Betracht kommen, ist das Unternehmertum und seine Bundesgenossenschaft ja schon so lange bestrbt. Dr. Wallenstedt stellt darüber lange Erörterungen an, wobei er aus dem Umstande, daß Bömelburg auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart erklärt hat: „Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung ist eins“ und aus anderen diese Wahrheit bekräftigenden Äußerungen folgert, die Gewerkschaften hätten „mit der Sozialdemokratie den politischen Massenstreik adoptiert“, womit „uns die furchtbaren Zustände, die wir schauernd jetzt in Rußland gesehen, in Aussicht gestellt werden“. Ist's gleich Wahnsinn, so liegt darin doch Methohel! Die Methode der Verhegung wider die Arbeiterorganisation.

Dann ergeht sich der Herr, unter Berufung auf Mitteilungen ultranationaler und anderer staatsfeindlicher Blätter, über den „sozialdemokratischen Gewerkschafts-Terrorismus“, sowie darüber, daß auch die christlichen Organisationen immer radikaler werden und angefangen haben, sich zum Klassenkampfe zu bekennen, weshalb es kein Wunder sei, daß die Unternehmer diese Vereine „für ebenso gefährlich wie die sozialdemokratischen erklären“. Als ob es nicht allgemein bekannt wäre, daß die Unternehmer, und speziell das Scharfmachertum, selbst die zahllosen christlichen Organisationen unter diesem Gesichtspunkte betrachten, wenn sie sich anschießen, ernsthaft etwas zu Gunsten der Arbeiter zu erringen.

Aus allen Kulturstaaten holt Dr. Wallenstedt seine „Beweise“ dafür zusammen, daß die Arbeiterorganisation nur „Unheil“ anrichtet. Deshalb propagiert er die dem Scharfmachertum längst eigene Idee, die Macht der Gewerkschaften möglichst einzuschränken und zu unterdrücken. Das soll dadurch erreicht werden, daß man die Berufsvereine zivilrechtlich haftbar macht für allen „widerrechtlich angestifteten Schaden“, d. h. für allen Streikschaden, den die Unternehmer erleiden. Auf diese Weise hofft man die Kassen der Gewerkschaften plündern und den Streik unmöglich machen zu können. Weiter fordert er „Schutz der Minderheiten und der Arbeitswilligen“ nach dem Muster der Zuchthausgesetzvorlage; was auch die Tendenz der Vernichtung des Koalitionsrechtes und der Arbeiterorganisation hat. Nur mit diesen Kaufleuten will der Herr Doktor jur. die Rechtsfähigkeit der Vereine gewährt wissen.

Wie wir darüber denken, haben wir schon öfter ausgeführt, und wie die verbündeten Regierungen und die bürgerlichen Parteien im Reichstage sich dazu stellen, werden wir bald erfahren. Jedenfalls werden die Gewerkschaften zu energischer Abwehr drohender reaktionärer Maßnahmen genötigt sein.

Politische Umschau.

Der am 9. Januar wieder zusammengetretene Reichstag ging sofort zur ersten Beratung der Steuerborlagen über, in denen sich die sogenannte Reichsfinanzreform, begriffen soll. Es handelt sich bekanntlich um die Ausbringung ganz erheblicher Mehreinnahmen. Diese sollen erreicht werden durch:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Reform der Verbrauchssteuer, Erhöhung der Abgaben von Tabak, Sonderabgaben von Zigaretten, Frachtfremden, Stempel für Personenbeförderung, Stempel von Kurorten, Erlaubnisaktien für Kraftfahrzeuge.

Es fehlen dann noch rund M. 50 000 000 zur Deckung des geplanten Mehrbedarfs, der hauptsächlich auf Reduzierung des Land- und Wasserarmistationsaus und der Kolonialpolitik kommt. Dieser Mangel soll durch die Reichsfinanzreform ausgeglichen werden, aus der man etwa M. 78-75 000 000 erwartet.

Daß die Erhöhung der Abgaben von Bier und Tabak in erster Linie die Massen der arbeitenden Bevölkerung aufs neue belastet, brauchen wir wohl nicht näher auszuführen. Aber auch von dem Stempelabgaben werden diese Massen empfindlich betroffen. Es sollen u. a. erhoben werden für jedes Postpaket, dessen Porto nicht die Höhe von 50 S. erreicht, eine Stempelabgabe von 5 S.; für jedes Postpaket, das mehr als 60 S. Porto trägt, eine Abgabe von 10 S.; für jede Postanweisung über M. 20 hinaus eine Stempelsteuer von 10 S. Das alles sind Abgaben, die insbesondere die kleinen und mittleren Gewerbebetriebe, die auf erheblichen Paket- und Postanweisungsdienst angewiesen sind, schwer treffen. Auch ein Stück „Mittelstandspolitik“! Auf diese Weise wird die Post, die doch lediglich den Verkehrsinteressen dienen soll, dem Interesse des Fiskus als eine Steuererhebungsinstitution dienbar gemacht. Statt die Erleichterung und Vereinfachung des Postverkehrs anzustreben, wird er erschwert und verteuert.

Diese Steuern werden ziemlich allgemein scharf beurteilt. Auch in den Reichstagsberatungen kam der Widerspruch gegen sie energisch zum Ausdruck. Es wird sich höchstwahrscheinlich keine Majorität finden, die ihr zustimmt. Die Entscheidung, wie die Entscheidung über die Forderungen der Regierung überhaupt, liegt beim Zentrum. Auf diese Partei ist aber, wie die Erfahrung lehrt, in solchen Fragen kein Verlaß. Jedenfalls läßt sich der Ausgang noch nicht sicher absehen.

Die für den 21. Januar von der sozialdemokratischen Partei in Preußen projektierten

Wahlrechtsdemonstrationen sind Gegenstand lebhafter Erörterungen in der ganzen Presse. Im Vordergrund steht die Annahme, es sei beabsichtigt, im Anschluß an die Versammlungen Straßendemonstrationen zu veranstalten. So verständlich die „Tägliche Rundschau“ (Berlin) folgende polizei-offizielle Notiz:

Der sozialdemokratische Wahlrechtsklub am 21. Januar wird allem Anschein nach eine nicht ganz ungefährliche Spielerei mit dem Feuer werden. Wir erfahren dazu aus zuverlässiger Quelle das Folgende: Die angekündigten 80 sozialdemokratischen Versammlungen finden gleichzeitig um 12 Uhr statt. Es wird dafür gefordert werden, daß sie nicht all zu frühlich verlaufen, um nicht vor der Zeit aufgelöst zu werden. Zu einer genau verabredeten Stunde werden sämtliche Versammlungen geschlossen, die Straßenverbindungen beginnen. Die Parole heißt: Nach dem Schluß Sozialdemokratische Ordner mit Armbinden sollen für Ruhe und Ordnung sorgen — soweit das dann noch möglich ist. Die Regierung hat dagegen die folgenden Maßregeln getroffen: Der Schloßplatz und die Zugänge werden, da im Schloß das Ordensfest gefeiert wird, in der üblichen Weise abgesperrt. Selbstverständlich ist die ganze Polizei aufgebaut. Diese wird, genau den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, friedlich einberührende Gruppen unbeeinträchtigt lassen, dagegen jede Störung der Ordnung sowie jeden Versuch, einen öffentlichen Umzug zu veranstalten (der bekanntlich einer vorherigen polizeilichen Genehmigung bedarf), durch sofortiges Eingreifen zu verhindern. Für den Fall, daß der Polizei Widerstand entgegengelegt werden sollte und ihre eigenen Kräfte nicht ausreichen, werden sämtliche Berliner Truppen (einschließlich der Kavallerie und Artillerie) in ihren Kasernen verammelt und zum ununterbrochenen Aufmarsch bereit gehalten. Der Erfahrung entsprechend, daß flache Hebe und Schiffe über die Köpfe hinweg nur die Wut der Menge reizen, ohne sie einzuschüchtern, und somit nur größere Ausschreitungen und größeren Unfriedens hervorzurufen, ist diesmal von dem Ministerpräsidenten ausdrücklich angeordnet worden, daß Polizei und Truppen, falls sie zum Gebrauch der Waffen gezwungen werden sollten, diese sofort regelrecht anzuwenden.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat den „Vorwärts“ ermächtigt, zu diesen Auslassungen folgendes zu erklären:

1. Es ist unklar, daß die am Sonntag, den 21. S. Mts., stattfindenden Volksversammlungen zu einer genau verabredeten Stunde geschlossen werden und alsdann Straßenumgebungen beginnen sollen.

Weber ist beabsichtigt, den Rednern für die Versammlungen irgend eine Vorfrist über die Länge ihrer Reden, noch den Versammlungsleitern eine Vorfrist über den Zeitpunkt, an welchem die Versammlungen zu schließen seien, zu machen.

Die Versammlungen finden unter denselben Formen und Bedingungen statt — also eventuell auch mit Diskussion — wie sie bisher stets stattgefunden haben.

2. Es ist unklar, daß nach Schluß der Versammlungen Straßenumgebungen unter der Parole: „Nach dem Schloß“ oder in irgend einer anderen Form stattfinden sollen.

Es ist vielmehr im Gegenteil beschlossen worden, daß die von der Partei gestellten Ordner nicht nur die Ordnung in den Versammlungen, sondern auch auf den Straßen aufrecht erhalten, indem sie die aus den Versammlungen strömenden Massen, wenn nötig, zu größter Ruhe zu ermahnen haben.

Die Sozialdemokratie, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, wird alles tun, damit der Verlauf der Versammlungen in

Ordnung sich vollzieht und ein des geplanten Zwecks würdiger ist. Umgekehrt erwartet die Partei aber auch, daß die Behörden alles unterlassen, was während in die gesetzlich gewährte Versammlungsfreiheit eingreifen könnte.

Aber noch dieser bündigen Erklärung des Parteivorstandes erhalten sich die tollsten Gerichte. So wird einem bürgerlichen Blatte aus Würzburg berichtet, daß man dort von einer Mobilisierung des deutschen Heeres spreche, die Reserve- und Landwehrgattungen hätten bereits bestimmte Ordres erhalten. Es wird behauptet, daß die Rekrutenausbildung ungewöhnlich forciert werde, daß die Rekrutenvorstellungen, die sonst erst erheblich später stattfinden, schon im Laufe dieser Woche vorgenommen würden. Weiter wird gemeldet, daß in einem Garbetruppenteil den Mannschaften von dem Vorgesetzten die Mahnung gegeben worden sei, ihre häuslichen Angelegenheiten möglichst rasch zu erledigen, denn es werde wahrscheinlich um den 20. herum Marschbereitschaft eintreten. Man versucht diese Gerichte mit der Waroklo-Konferenz in Verbindung zu bringen. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß es irgend eine Macht wegen dieser Kavallerie zum Kriege kommen läßt. Sider beziehen sich diese Gerichte auf die geplanten Kundgebungen der preussischen Sozialdemokratie. Nach allem, was die deutsche Regierung auf diesem Gebiete in den letzten Jahren getrieben hat, kann man es ihr schon zutrauen.

Bestenfalls hat die vor etwa anderthalb Jahren zuerst vom Abgeordneten Vernekin angeregte Idee, zu Gunsten des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag Straßendemonstrationen zu veranstalten, in der Partei keinen Anklang gefunden. Der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie, der Ende Dezember 1904 in Berlin stattfand, hat diese Idee entschieden zurückgewiesen. Und als vor einigen Monaten der Vorschlag von Breslauer Genossen wieder aufgenommen wurde, fand er ebensowenig Anerkennung. Die Parteioorgane — auch die „Zeitsiger Volkszeitung“ — sowie der Parteivorstand sprachen sich dagegen aus, weil sich daraus bedeutende Konflikte mit den öffentlichen Gewalten ergeben würden, die der Sache der Arbeiterklasse nichts nützen könnten. Wir sind überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der Partei auch heute noch auf dem Standpunkt steht und nicht will, daß der Staatsmacht Mißbehagen oder Vorwand gegeben wird, in die durcheinander freudlich gedachte und geplante Wahlrechtsdemonstration mit rauer Gewalt einzugreifen. Steht hat die Sozialdemokratie allen Propaganda, auf die Straße zu gehen und den Liebhabern gewisser Elemente, daß der Säbel hauen und die Finte ziehen möge, zu erfüllen, ruhig und selbstbewußt widerstanden. Sie wird nicht so unklug sein, jetzt ihr bereits die Gewalt herauszufordern, zumal da ihre Träger erklärterweise entschlossen sind, sie in rückwärtslosster Weise anzuwenden.

Die sächsische Justiz fährt fort, gegen Teilnehmer an den Straßendemonstrationen mit wahrhaft brutalen Strafen vorzugehen. Die Strafkammer des Dresdener Landgerichts hat wiederum acht dreizehn angeklagte Arbeiter zu Gefängnisstrafen von insgesamt 6 Jahren und 9 Monaten verurteilt. Noch Duzende solcher Prozesse stehen in Sachsen aus.

Die „Zeitsiger Volkszeitung“ teilt mit, daß wegen 16 verschiedener Artikel, die zwischen dem 4. Dezember 1905 und Anfang Januar 1906 in ihren Spalten erschienen sind, gegen den verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben worden ist.

Der verantwortliche Redakteur der Breslauer „Volksmacht“, Genosse Rabe, wurde wegen Aufreizung verbührender Bevölkerungsklassen gegeneinander zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Er soll sich dieses Vergehens schuldig gemacht haben in einem Aufruf zur Wahlrechtsdemonstration, in dem die Proletarier auf die Revolution in Rußland und die Wahlrechtskündigungen in Österreich hingewiesen wurden.

Die reaktionäre Presse fährt fort in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung. Die „Kreuzzeitung“ unternimmt einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Sie fordert vor allem eine Beschränkung des Streikrechts, damit es nicht für politische Zwecke mißbraucht werde, nämlich eine Zulassungsbewilligung nach § 152 der Reichsgewerbeordnung, wodurch die Aufforderung zur Veranstaltung von die Zeitung gemeinsamer Versammlungen nicht verwandter Berufsvereine mit dem Ziele der Erreichung aus schließlich ober vorwiegend politischer Zwecke unter Strafe gestellt werden soll.

Offenbar richtet sich dieser Vorstoß wesentlich mit gegen den politischen Massenstreik.

Die „Grenzboten“ schreiben:

Die Stärke der Sozialdemokratie besteht in ihrer ununterbrochenen Offensive, zu der die Aufhebung des Sozialistengesetzes ihr die Wege frei gemacht hat. Das ist längst nicht mehr der Kampf „mit geistigen Waffen“, sondern die unablässige Arbeit am Aufbruch durch rohe Kraft. Die entschlossene Offensive ist das charakteristische Merkmal des preussischen Staates in seinen großen Zeiten gewesen, er wird auch der revolutionären Aktion, die sich vorbereitet, nur durch kräftige Offensive Herr werden. Bis jetzt umfaßt diese revolutionäre Aktion nur die Führerschaft. Jetzt in dieses Bewußtsein hineingegriffen, und der Spuk ist aus! Mas Dismard im Jahre 1848 an Klein-Negow schrieb: ein entschlossener Leutnant mit einem tüchtigen Tambour sei ausreichend, den ganzen preussischen Staat wieder in Ordnung zu bringen, ist auch heute noch richtig — aber zur rechten Zeit!

Wenigstens äußern sich die „Hamburger Nachrichten“. Sie sehen die „Revolution aufloren“ und verlangen Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Diese herrschen Umtriebe erfahren ihre Verpodtschmung durch Angriffe „ausgezeichnete“ Blätter auf die Sozialreform. Die „Post“, ein Hauptorgan der Sozialdemokratie, schreibt:

Die Herabsetzung des Wohlstandes, die Schwächung der Energie, das Wachen der Begehrtheit, die Verteilung auf Zug und Trug — alle diese Begleiterscheinungen der sozialen Fürsorge verringern die öffentliche Moral des Arbeiterstandes; mangelnde Wahrheitsliebe, Hebertrieb und Simulation hören auf, als Betrug zu gelten, sobald sie auf die Erlangung der Wohlstand unserer Arbeiterbewegung gerichtet sind. So wird der Boden bereitet, auf dem die Giftpflanze

der Sozialdemokratie spärlich gedeiht. Die Massen, in denen die Grundbegriffe der Moral entwertet sind, deren Begabungsbildung entwertet ist — sie werden widerstandslos das Opfer einer Partei, deren wirksamstes Agitationsmittel eben das Aufschlagen niedrigster Begabungsvorstellungen bildet. Diese Folge unserer Arbeiterbewegung in ihrer verhängnisvollen Bedeutung für die innerpolitische Entwicklung in Deutschland ist bisher kaum gewürdigt worden.

Am dem gräßlichen Unheil, das den schwarzen Seelen der „Post“-menschen vorschwebt, zu wehren, fordern sie: eine Revision der Arbeiterversicherung im Sinne der vitalsten Interessen eines deutschen Volkes; eine Revision, die die demoralisierenden Nebenwirkungen der sozialen Fürsorge nach Möglichkeit ausschaltet und teils hierdurch, teils durch eine gerechte Organisation der Erwartung, die Ausbeutung der Arbeiterversicherung für die staatsfeindlichen Zwecke der Sozialdemokratie gründlich und endgültig beseitigt. Die Tendenz dieser Ausführungen ist gegen das Selbstverwaltungsgesetz der Arbeiter gerichtet. Darauf haben die Reaktionen schon lange hingewirkt.

Die „Arbeitszeitung“ unterbreitet dem Unternehmertum ein neues Vorschlagsheft. Während der Altonaer Leiter des Arbeitgeberverbandes vorgelegten hatte, die Arbeiter nach dem Altpfad auszusparen, wird jetzt geraten, es mit dem System der reinen Altersklassenabsparung zu versuchen. Die in den Kampf eintretende Unternehmerrorganisation soll beschließen, daß alle Arbeiter des Berufes in ganz Deutschland im Alter bis zu 20 Jahren entlassen werden, so lange gewisse als unbedingte erklärte Streiks und Sperrn nicht aufgehoben werden. Als Gegenmaßnahmen dienen die Luitingsforten der Jubiläumversicherung. Weist diese Maßregel wirkungslos, so folgt eine weitere Ausparung etwa der Arbeiter im Alter von 20-22 Jahren, dieser nötigenfalls wieder der Arbeiter bis zu 24 Jahren. Die „Arbeitszeitung“ bemerkt dazu:

Man sieht, daß auf solche Art in erster Linie die jüngeren Arbeiter, die erfahrungsgemäß zu aller Zeit und an allen Orten das Hauptkontingent der unruhigen Elemente bilden, getroffen werden, während die älteren Arbeiter, welche zumeist nur im geringen Maße an der Bewegung teilnehmen, immer nur im Notfall zur Entlassung gelangen. Gleichzeitg wird es möglich sein, die alten und bewährten Leute ruhig weiter zu beschäftigen, so daß mit ihrer Hilfe eine Fortführung der Betriebe, wenn auch in beschränktem Maße, denkbar ist.

Es handelt sich also um Massenausparungen über das ganze Reich mit ausgeprägter terroristischer Tendenz. Wir merken, die Unternehmerrorganisationen hätten alle Ursache, sich zu hüten, die Probe mit diesem Experiment zu machen. Die „Soziale Praxis“ warnt vor einem solchen Versuch und bemerkt, man werde durch diese Methode nur erreichen, daß sich die Arbeiter immer zahlreicher und fester an ihre Organisation angeschlossen. Das ist die Wirkung aller terroristischen Maßnahmen, die das Unternehmertum und ihre Berater gegen die Arbeiterorganisation ausüben.

In Magdeburg ist am 6. Januar ein Verband kommunaler und gemeinnütziger Reichsausstufstellen gegründet worden. Auf der zu diesem Zwecke einberufenen Konferenz waren 32 Städte durch Delegierte vertreten. Überbürgermeister Dr. Ebeling sprach auf in seinem Referat zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der bisher eingerichteten städtischen Rechtsausstufstellen, die recht erfreulich sei, obgleich für die Zukunft noch viel zu tun übrig bleibe. Es müsse als nächste Aufgabe auf diesem Gebiete betrachtet werden, die Volksanwälte zu besetzen, unter denen sich leider zu viel zweifelhafte Existenzen befänden. Die von den Gewerkschaften gegründeten Arbeitersekretariate, gegen welche sich die kommunalen Institute ähnlicher Art zum Teil richten, sind natürlich nicht nach dem Geschmack des Referenten. Er führte diesbezüglich aus: Nach der letzten Räte des „Vorwärts“ befanden in diesem Vierteljahr 74 Sekretariate, 8 mehr als im vorhergehenden. In Vorbereitung waren ferner Arbeitersekretariate in Dessau und Brandenburg. Die Arbeitersekretariate erteilten im vorigen Jahre 225 260 Rechtsprechungen in 595 Orten. Beachtenswert sind folgende Zahlen: von den Rechtsprechungen waren im Jahre 1901 4,6 pZt. gewerkschaftlich organisiert, im Jahre 1904 6,3 pZt. (S. 101) Wir sehen also, daß die Arbeitersekretariate zugleich ausgezeichnete Propagandamittel für die Gewerkschaften sind und daß diese Institute nicht bloß vorhanden sind, um Auskünfte zu erteilen, sondern zugleich, um politische Propaganda zu betreiben. Wenn auch die Arbeitersekretariate gut für die Genossen gewirkt haben mögen, so genügen sie im allgemeinen doch nicht, schon weil sie in Abhängigkeit von einer politischen Partei nicht unparteilich wirken können, und weil sie die Rechtshilfe zum Teil auf ihre Genossen beschränken.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß man die kommunalen Rechtsausstufstellen als Gegengewicht gegen die gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate wirken lassen will, und zwar aus ordnungspolitischen Gründen. Aber festzustellen ist, daß auch auf diesem Gebiete die organisierte Arbeiterkraft es gemein ist, die mit gutem Beispiel vorangeht, in dem die „Staatsverwaltungen“ folgen in der Meinung, damit der bßen Sozialdemokratie Abbruch tun zu können. Allerdings hat die organisierte Arbeiterkraft nicht die geringste Ursache, über die „Konferenz“ der kommunalen Ausstufstellen ungehalten zu sein, oder gar sie zu stützen.

Die unter Vormundhaft der Geistlichkeit stehenden katholischen Arbeitervereine resp. ihre Mitglieder sollen und wollen brave Kinder sein. Fromm und gott ergeben, wünschen sie die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Sie erkennen die Autorität des Arbeitsherrntums an, wollen vom Klassenkampf nichts wissen und verwerten den Streik. Den „Linhuz“ wollen sie besänftigen, damit die „obliche Weltordnung“ nicht Schaden nimmt. Aber die guten Leute mit den Kindergettesdienstenden sind schon oft schwer enttäuscht worden. Erzählt hat im Organ der katholischen Antistreibereine der Pfarrer Stenger, Präses des katholischen Arbeitervereins in Kreuzwald in Lothringen, daß der Betriebsführer der Grube „La Houde“ den Vizepräsidenten des Arbeitervereins, der auf der Grube als Bergmann arbeitete, kürzlich nach Ursachen und Zweck der Gründung des Arbeitervereins befragt und darauf folgenden Beschick erhalten habe: Begrundung zur Gründung. Die Arbeiter der sozialdemokratischen Organisation zu entreißen durch eine katholisch-kristliche Arbeiterorganisation.

Zweck des Vereins: die religiöse, sittliche, soziale und wirtschaftliche Hebung seiner Mitglieder nach den Grundsätzen der Evangelischen Bewegung vom 17. Mai 1891 und des Fuldaer Bistums.

Mittel: 1. Festhaltung der Sonn- und Feiertage und der mehrmaligen gemeinschaftlichen Empfang der heiligen Sacramente. 2. Pflege der Berufs- und Standestugenden usw. 3. Gezielte Einrichtungen zur Förderung der materiellen Sicherstellung der Arbeiter. 4. Durch Vermittlung bei Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis. 5. Verhöhnung der Gegensätze zwischen Unternehmer und Angestellten, unter Ausschluß des Streiks usw. 6. Geseßliche Unterhaltung.

Wenige Tage darauf sei dann der Bergmann zu ihm gekommen und hätte ihm gesagt: Er sei dieser Tage wieder zu Herrn Betriebsführer Hoff gegangen, der ihm folgendes ankündigte: Sie haben entweder aus dem katholischen Arbeiterverein auszutreten oder Sie haben mit Ihren beiden Söhnen die Grube zu verlassen.

Der Pfarrer fügt dieser Schilderung folgendes hinzu: Der Mann meinte beinahe. Mein Freund, sagte ich dem guten Arbeiter, Sie sollen wegen des Vereins nicht arbeitslos werden, treten Sie aus. Das übrige besorge ich. Ich frage nun: Gibt es da kein Gesetz gegen so eine grausame Freiheitsbeschränkung? Soll es einen da wundern, wenn der Arbeiter den Sozialdemokraten sich in die Arme wirft?

Nein, nein, darüber wundert sich niemand! Das erwähnte Organ nennt diesen Vorgang eine „unerhörte Vergewaltigung der Koalitionsfreiheit“. Eine Vergewaltigung, freilich, aber keine unerhörte. Dagegen haben die Herren Ultramontanen und ihre Organe niemals etwas einzuwenden, wenn sozialdemokratische Arbeiter vom Unternehmer brutal terrorisiert und gemahregelt werden. Solchen Terrorismus billigen und verteidigen diese Frommen geradezu. Und wenn Geistliche im Weichheitsgefühl und auf der Kanzel Arbeiter durch Androhung der „ewigen Verdammnis“ zu bestimmen versuchen, sich der festlich organisierten Arbeiterorganisation nicht anzuschließen oder ihn den Rücken zu kehren, so ist das eine „Gott wohlgefällige“ durch das „heilige Priestertum“ gebotene Vergewaltigung. Wie kommen die Frommen dazu, für sich eine Duldung zu verlangen, die sie anderen fanatisch verweigern?

Die neueste Ergründung des Geistes der Unternehmerrumanität ist: „Ehrentafeln für Arbeitswillige“. Kürzlich waren auf Veranlassung des Straßenbahndirektors Hübner in Braunschweig sechs Angestellte nach Kiel geschickt worden, um beim dortigen Straßenbahnbauwerkmeisterdienste zu berichten. Um der Nachwelt die Namen dieser treuen Söhne aufzuzeichnen, hat der Direktor folgende „Ehrentafel“ im Direktionsgebäude anbringen lassen:

- Ehrentafel: Namen derjenigen Motorwagenfahrer, die selbstlos und mutig, unter Einwirkung ihrer Person, der von der Sozialdemokratie tyrannisierten Straßenbahn zu Kiel erfolgreich beibringen: Nicht allein zum dem Schicksal kämpft ein braver Deutscher für sein Vaterland. Braunschweig, den 23. Dezember 1905: H. Senkel, O. Jörns, R. Stemmes, A. Matera I., G. Matera II., D. Biehe. Hoffentlich gibt es nun auch bald Orben für Streikbrecher. Und wie wäre, wenn man verlangt, daß sie von Steuern befreit und ins Kirchengeld aufgenommen würden?

Die „Siebener-Kommission“ der Bergleute hat zum 11. Februar eine Konferenz der preussischen organisierten Bergarbeiter nach Essen einberufen. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Stellungnahme zu dem neuen Knappschafts-Gesetzentwurf. 2. Forderung reichsgesetzlicher Regelung des Bergarbeiterschlages und des Knappschaftsstaftens. 3. Stellungnahme zu einer Lohnverbesserung in Anbetracht der allgemeinen Teuerung.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland: Hamburg: Hamburg (Sperrn über die Bauten: Riekhof, Markmannstrasse, Nieland, Eriensstrasse, Kietzmann, Eilbeckthal, Opel & Mehlhose, Oejendorf bei Steinbeck); Schleswig-Holstein: Barmstedt (Sperrn über Rathjens, in Hemdingen); Pommern: Gollnow (Sperrn über Küster); Brandenburg: Spandau (Sperrn über Unternehmer Rucksch); Provinz Sachsen: Bernatorde, Untereichsfeld (Sperrn über die Kaliwerke); Königric Sachsen: Leipzig (Gespernt ist die-Firma Marion & Kunze, Bahnhofsbauten), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung); Thüringen: Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperrn über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch); Rheinprovinz und Westfalen: M-Glabach (Sperrn über Bongarts); Hannover und Oldenburg: Delmenhorst (Sperrn über die Wollkammerer).

In Halberstadt haben die Kollegen in der vorigen Woche beschlossen, den Kampf aufzugeben. Wie sich nach diesem Beschluß die Wiederaufnahme der Arbeit vollzogen hat, können wir leider nicht mitteilen, darüber berichtet worden ist nach Lage der Sache ist es aber notwendig, daß der Zugang nach Halberstadt nach wie vor fern gehalten wird.

Unfall.

Die Bauhandwerker von Neuhof arbeiten vom 1. Januar an zum großen Teil unter neuen Verträgen, nach denen sich etwa 60000 Arbeiter richten werden. Die Maurerunion hat einen Vertrag auf zwei Jahre, die Marmorarbeiter haben einen Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Früher galten die Verträge immer bis zum 1. Mai, aber auf Wunsch dieser Arbeitgeber fand eine Veränderung statt. Die Höhe der Bauhandwerker sind relativ gute und betragen etwa vier bis sechs Dollar pro Tag bei achtstündiger Arbeitszeit. Zimmerleute erhalten z. B. 4 1/2 bis 5 Dollar, Gipser 5,50 bis 6 Dollar Tagelohn. Einen Fortschritt kann man jedoch den Tarifablauf am 1. Januar für die Arbeiterklasse nicht nennen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 26 und 36 vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzusenden.

„Arbeit und Kultur“. Die Buchhändlerarbeiten für die dritte Auflage des Buches „Arbeit und Kultur“ sind jetzt fertig gestellt. Die Versendung an die Zweigvereine erfolgt diese Woche. Wir erwarten von den Zweigvereinen weitere Bestellungen.

Abrechnung für das vierte Quartal. Die Zweigvereine werden dringend ersucht, die Abrechnung mit den der Hauptkasse gehörenden Gelder umgehend einzusenden.

Neuwahl der Zweigvereinsvorstände. § 5a des Statuts bestimmt über die Neuwahlen der Zweigvereinsvorstände, daß sie alljährlich, nachdem für das 4. Quartal abgerechnet ist, stattzufinden haben, aber spätestens bis zum 1. März erfolgen müssen.

Wir ersuchen die Neuwahlen baldmöglichst zu veranlassen und die Wahlprotokolle einzusenden.

Sollte in den in letzter Zeit gegründeten Zweigvereinen eine Neuwahl nicht für zweckdienlich gehalten werden, dann muß trotzdem das Wahlprotokoll ausgefüllt und eingeleistet werden, weil es zur Unterfertigung eines neuen Zweigvereins- und Abrechnungsjahres gebraucht wird.

Vorschläge zu Vertrauensleuten für die Einzelmitglieder in Sachsen. Für Orte in Sachsen, wo keine Zweigvereine, sondern nur Einzelmitgliedern bestehen, werden wir auch für 1905 Vertrauensleute ernennen. Die jetzt bestellmündigen Vertrauensleute werden ersucht, baldmöglichst eine Versammlung der Einzelmitglieder einzuberufen, wo Kollegen bestimmt werden, die uns in Vorschlag gebracht werden sollen. Sobald das geschehen ist, werden wir einen Kollegen zum Vertrauensmann ernennen und ihn mit einer Vollmacht ausstatten.

Stierbegeh darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Stierbeurkunde.

Anßerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfertigung auszugeben ist.

Unterfertigungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 8. bis 13. Januar an folgende Mitglieder erteilt:

- Johann Gratoop-Ströplin (Frau), Werb.-Nr. 82 059; Ludwig Stiel-Stillingen (Frau), 80 444; Aug. Prütz-Berlin (W.), 506; Franz Boguslawski-Berlin (Frau), 10 336; Aug. Adelst-Berlin (Frau), 3347; Joh. Schmitz-München, 171 427; Wilh. Kniggen-Dorf-Sammer (Frau), 32 337; Germ. Wolf-Dresden, 161 507; Heinz Westphalen-Hamburg, 26 305; Max Seiders-Birna (Frau), 152 516; Ernst Lindert-Freihart 69 693; Adam Weber-Franfurt a. M., 20 030; Otto Dicker-Trebitz, 104 817; Gust. Grundmann-Berlin (Frau), 258 065; Wilh. Werber-Berlin (Frau), 279 096; Paul Werber-Greif (Frau), 74 545; Dietr. Nordloh-Begeck, 105 549; Josef Rume-Dormund, 168 178; Julius Brodmann-Königsberg i. Pr. (Frau), 199 418; Emil Döberenz-Dresden, 145 235; Theod. Müller-Hamburg, 30 411; G. Rudolf-Hamburg, 28 487.

Gelbentungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. R. S. Frey, Galtburg 7, Weidenberhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabdruck anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 7. bis 14. Januar 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder: Sorau A. 600,66, Emden 573,80, Meuselwitz 563,64, Neuenburg 533,11, Landsberg a. d. M. 524,56, Zehnpfunde 487,15, Gultu 425,46, Elm 423,07, Lebnitz 553,26, Bremen 360, Birna 335,05, Speyer 319,29, Rignitz 278,08, Demmin 282,83, Demmin, von hiesigandter Streikunterstützung zurückgeblieben 1,40, Colmar i. Elb. 281,70, Gutsow-Palauow 250,42, Riffingen 232,11, Frankfurt a. d. B. 230,79, Finsterlee 222,81, Bromberg 220,94, Greifenhagen 205,42, Gemtin 203,46, Bassau 197,34, Gostlar 198,18, Bärack 189,50, Troffen a. d. B. 179,32, Belbert 162,70, Alenrade 156,75, Wubly 155,04, Timmerode 151,18, Wipkow 149,16, Wiltow, von hiesigandter Streikunterstützung zurückgeblieben 9,22, Meißel 144,72, Wahn i. Pommeren 141,82, Seyda 136,62, Rudolstadt 135,18, Niemeg 133,76, Gvoien 127,32, Sandshof 126,30, Dreyß 122,62, Tambach 114,42, Alt-Damm 101,26,

- Hünsterwalde 99,77, Städtl 94,36, Egeln 91,65, Mäna i. M. 83,90, Wajungen 78,40, Kitzingen 78,40, Eilenberg 78,54, Blagheim 65,76, Feldberg i. M. 65,68, Grimma i. S. 65,32, Bräunmühl 58,69, Wegeleben 51,68, Scherwin a. d. M. 49,05, Neuhudow 37,55, Sauer 35,76, Götzen 34,23, Oberförst 27,60, Ertzberg 25,54, Döhlitz 4,50, Götterberg 37, Bodum 717,40, Rotsdam 529,90, Oldenburg i. G. 518,93, Hof a. d. Saale 380,91, Mübden i. d. R. 243,28, Weidau 330,01, Spremberg 306,04, Wilsdorf 295,11, Wiegau 277,19, Schönbühl 274,11, Hilsberg 252,56, Greifswald 247,62, Quedlinburg 246,63, Müllersitz 205,79, Schweinitz 194,82, Quedlinburg 194,18, Coswig i. M. 190,28, Müllin i. S. 184,52, Niepe a. d. Ob. 185,52, Schöppfurt 176,75, Mittweida 175,70, Waldbreit 174,52, Saage i. M. 166,96, Wittenberg 160,70, Golßen 148,82, Tautsch 145,80, Gr.-Schönebeck 145,24, Zimbach i. S. 144,10, Gardelegen 142,98, Bindow in der Mark 139,82, Ronneburg 131,56, Heilsbrunn in Wubert 131,21, Arnshwalde 128,76, Thierberg 122,96, Kumbach 120, Leterfen 117,28, Döben 115, Neuen-Banglow 97,66, Groppenhüt 94,40, Priegerbe 94,20, Witten a. d. B. 85,74, Straßburg i. Westf. 80, Behn 78,48, Meinel 75,04, Oberhone 73,20, Neumünster 72,49, Oldenburg 65,39, Bernsdorf 65,28, Ansbach 65,52, Garzen 60,22, Gschweitzer 58,84, Eichhof i. Pom. 55,84, Wilschbode 52,02, Knyß 48,45, Wittenberg 42,88, Baruth 39,20, Königsberg i. B.-M. 38,13, Tangernünde 34,97, Ohlau 30,96, Frankau 30,24, Quakenbrück 27,44, Schen i. Braunsch. 26,16, Ludwigsfelde 22,25, Dels in Sachsen 18,40, Baaren 5,90, Döran - 20, Dresden u. Umge. 4998,73, Nürnberg-Fürth 1360,65, Stogau 823,88, Bergen a. Migen 688,92, Drantenburg 484,27, Schöpphof 388,92, Neustadt 339,78, Freitewalde 334,35, Norden 268,05, Salungen 255,08, Grandeborn 248,86, Wamne 232,21, Wände i. M. 225,92, Weyritz 220,21, Witz 191,96, Schönmöhlen 188,84, Weidenau i. Vogl. 175,22, Martzgräpfe 167,81, Cronau 166,07, Hammer b. Sagan 154,64, Welen 147,27, Saalfeld 136,93, Gemstedt 132,32, Sagan 126,66, Wilsch 130,76, Hoflau 124,82, Salsow 120,42, Gommern 119,84, Schmölin 114,61, Wittenberg 114,22, Schönl 111,99, Meiningen 111,04, Trebitz 109,23, Stellungshul 100, Neuhul i. Meidlg. 90,23, Köllschen 85,92, Kronach 76,63, Wismar 68,99, Gengenbach 67,72, Köllschen 63,56, Neudorf 60,72, Habmersleben 56,02, Braunsberg 52,72, Stargard i. Meidlg. 50,44, Döben i. Mhd. 44,80, Wittenberg 42,20, Sira a. d. R. 41,90, Wittenberg 39,76, Galtburg 38,75, Wosbach 38,16, Göttingen 35, Deutsch Krone 29,50, Sebbin 29,24, Sandow 27,35, Wierach 22,55, Wittenberdorf 20,58, Weita 13,24, Gabelshul 10,96, Schönlanke 9,80, Biederke 4,80, Fienburg i. B. 70, Wollin (Fr. S.) 1,20, Loßau 1,10, Mainz u. Umgegend 1895,06, Wugsburg 1883,21, Niepe i. S. 922,55, Wittenberg 635,34, Granitz 513,61, Wemel 511,28, Wundenmabe 493,42, Freiberg i. S. 492,87, Freyhan 400, Glemnitz 360,14, Greiz 300, Sonneberg i. Thür. 300, Syd 277,76, Walsenbühl 216,95, Annaber i. S. 208,25, Schweinfurt 196,10, Goldbach 166,88, Neuzelle 163,75, Bahna 161,46, Groß-Weßen 142,58, Mirow 134,08, Eberswalde 130,82, Hammelshul 11,65, Wapoda 107,85, Droyhig 105,88, Oterode i. Pr. 105,16, Wogrowitz 99,18, Wolmirstedt 98,64, Leisnig 95,52, Alt-Habesleben 95, Zietzig 92,68, Sabelberg 90,88, Schmiedeburg 84,66, Langenberg 77,70, Wöhrlingshof 69,08, Wame 52,89, Barin i. M. 51,40, Schwerte i. B. 33,56, Burgdorf i. Hann. 28,04, Wamero 27,72, Felsenberg 7,40, Gießen 6,76, Alsterbe 2,32, Karlsruhe und Umge. 4114,63, Cassel und Umge. 2000, Wittenberg a. d. S. 776,82, Kiel, von hiesigandter Streikunterstützung zurückgeblieben 322,10, Suhlum 307,66, Webel 296,01, Nuthort und Umge. 263,25, Königsh. Wittenberghausen 262,44, Ohsenpohl 224,28, Obergert i. d. M. 202,10, Sangerhausen 192,32, Düsselhof 189,28, Düsselhof, von hiesigandter Streikunterstützung zurückgeblieben 18,89, Wittenberg 182, Werben 164,54, Jierlohn 163,30, Löwenberg 146,68, Wittenberg a. d. B. 138,44, Ohsenwärder 142,36, Deutsch Gera 111,08, Hannu i. B. 99,50, Müllersitz 95,25, Zomben 95,10, Weisenberg 91,46, Nuthort 89,60, Gommern 80,16, Wittenberg (Bez. Halle) 71,27, Witzgen 67,92, Thierwieck 59,88, St.-Schönebeck 52,28, Wartenburg 44,39, Gernsdorf i. d. M. 40,62, Döhlitz 39,85, Wittenberg i. Th. 39,20, Straßburg 34,74, Löben i. Ostpr. 31,40, Wreitungen 22,63, Straßburg i. d. U. 17,63, Stutzart und Umgegend 985,35, Götta 735,39, Neudamm 661,58, Mostaf 637,75, Lughau 491,18, Heilsbrunn 451,31, St. Johann 318,98, Belgig 284,68, Weidenhausen 282,80, Wittenberghausen 262,29, Eilberg 246,79, Wagsburg 212,30, Ahrensböck 206,75, Weida 195,73, Frankenberg i. S. 176,18, Burgstädt 172,80, Waltersdorf-Schulenberg 159,70, Gadenburg 140,96, Luidoborn 131,28, Wolgast 129,92, Weller 93,32, Uthen 92,11, Lübz i. Meid. 76,61, Gießen 71,68, Neutalen 69,88, Sork i. S. 67,05, Arentzbe 69,52, Wartenburg 64,84, Greifenberg 53,53, Werne i. Oldenb. 48,40, Friedland i. Schlf. 45,84, Gützw. i. Meid. 38,16, Weilerhof 26,32, Falkenberg, Bez. Halle, 34,32, Sommera 29,76, Wrislow 28,62, Sulingen 24,64, Lahnfeld 10,20, Breßlau u. Umg. 9717,93, Weuen u. Umg. 1430,77, Bremerbach 869,43, Delmenhorst 800, Mübden 453,44, Garmeln 355,78, Döben 346,40, Lychen 268,79, Perleberg 242,94, Neustreit 217,66, Nordenham 240,30, Ferne i. M. 210,33, Dreyß 180,70, Götzen 175,01, Wrambsbüttelhof 172,60, Weilerland 168, Mathenow 168,84, Solingen 151,80, Dahme 141,76, Jungfolsh 135,99, Goltzig 114,92, Wilsdorf 112,34, Seehausen i. d. Alt. 110,08, Launenburg a. d. Elbe 107,78, Münderberg 92,02, Grlmühle i. B. 89,88, G. Wittenberg 89,23, Neuhul i. S. 88,73, Grotzig 87,58, Heegermühle 79,15, Weizen 69,23, Gumenab 64,11, Stellungshul 52,75, Trittau 34, Satrip 24,64, Wittenberg i. Schlf. 11,36, Wittenberg 20.

b) Für Kalender.

- Mudolstadt A. 15, Elm 25, Speyer 25, Apenrade 12,50, Timmerode 2,50, Altidam 8, Wajungen 5, Wogheim 8, Feldberg 5, Schönbühl i. Hof 4, Weidau 20, Greifswald 10, Quedlinburg 6, Schöppfurt 6, Waldbreit 1,50, Golßen - 50, Zimbach 6, Gr.-Schönebeck 5, Heilsbrunn 50, Leterfen 5, Priegerbe 2,50, Witten 10, Oberhone 5, Neumünster 5, Ohlau 10, Wilschhausen 5, Nürnberg 25, Bremen 7,50, Salungen 10, Grandeborn 4, Wamne 2, Witz 5, Saalfeld 10, Hoflau 10, Meiningen 2,50, Kronach 12,50, Wismar 6, Werthelesgaden 12,50, Wittenberndorf i. Sagan 4, Mainz 25, Wugsburg 12,50, Wemel 10, Glemnitz 37,50, Greiz 40, Annaber i. S. 10, Mirow 5, Hammelshul 5, Droyhig 1, Oterode i. Pr. 10, Wolmirstedt 6, Leisnig 5, Althaldensleben 5, Zietzig 5, Gabelberg 7,50, Barin 2,50, Karlsruhe 150, Nuthort 4,50, Ohsenpohl 10, Wittenberg 5, Nienburg a. d. B. 10, Löben 5, Straßburg i. d. U. 5, Deutsch Garmier 5, Stuttgart 12,50, Götta 12,50, Mostaf 10, Seibitz 12,50, St. Johann



In Meiersberg einen Verein, der 20-30 Mitglieder umfassen soll. Daß der Gewerkschaft von der „Einigkeit“ angerechnet wurde, ist selbstverständlich.

Von den Gemeinen und Bauhandwerkervereinen ist ihrem Wesen und ihrem Wirken entsprechend wenig Neues zu berichten. Ein wenig Genuß, ein wenig Unterstützung, ein wenig fromme Gesandtheit, ab und zu eine starke Anwartsung, außerdem, wenn es der nicht hört, den es angeht, und fertig ist das Bild eines solchen Vereins. Ingesamt dürften sie gegen 700 Mitglieder haben. Im Jahresbericht ist ein Teil der Kollegen aus Bieder rückfällig geworden; Meister Henschel soll ihnen eine Fahne spendiert haben. Der kann freilich, soviel an dem Lohn gesparrt haben, den er zwar im Mai 1905 verprochen, aber nicht gezahlt hat. Diese kleinen Vereine erweisen sich allenthalben als Gemütskur. Doch ungeachtet dessen war die Lohnbewegung in 16 Bezirken durch Verhandlungen erlebte werden. In 16 Bezirken wurden zwar keine Forderungen eingereicht, doch gelang es durch einen häufigen Wechsel der Arbeitstätten, eine Verbesserung zu erzielen. In 2 Bezirken mit 139 Ortschaften trat eine Verärgerung der Arbeitszeit und eine dementsprechende Lohnerhöhung, in Erfüllung der 1904 abgeschlossenen Bedingungen, in Kraft. Selbst in unorganisierten Bezirken war der Einfluß der benachbarten Organisationen und der vorübergehend im Bezirk arbeitenden organisierten Kollegen deutlich bemerkbar. So traten in 10 Bezirken Lohnerhöhungen ein. In 2 Wohngebieten trieben rüchdändige Unternehmer zur Ausbesserung: Jarzen und Straßfund; prächtige Ueberhebung wollte mit den Arbeitern spielen. Die erste endete günstig, die zweite war ein Pörrschuß gegen die Unternehmer. Zum Streik mußte in 10 Fällen gegriffen werden. Hier von endeten 4 mit vollem, 6 mit teilweisem Erfolg. Das Endergebnis gibt folgende Tabelle wieder:

Table with 3 columns: Anzahl der Bezirke, Zahl der Beschäftigten Mauer, Lohnerhöhung pro Stunde in Pfg. Rows include individual districts and a total sum.

Lohnführung trat in einem Gebiet für 76 Kollegen um 1/3 pro Stunde ein. In 26 Bezirken für 2111 Kollegen blieb die Lohn gleich. Die Arbeitszeit konnte zweimal für 143 Kollegen um eine Stunde, in 5 Bezirken für 641 Maurer um eine halbe Stunde verlängert werden. Demnach arbeiteten 3815 Arbeiter in 83 Bezirken 10 Stunden, 563 in 8 Bezirken 10 1/2 Stunden, während 2402 in 41 Bezirken noch 11 Stunden arbeiten mußten. An Sperren mußten sich 22 nicht, 15 endeten mit vollem, 7 mit teilweisem Erfolg. An den Streiks und Ausbesserungen waren 694 Mitglieder beteiligt, davon waren 439 verheiratet. An den Sperren waren 278 Kollegen, darunter 136 verheiratete, beteiligt. Durch Bewegung der Bauarbeiter wurden in 3 Orten 177 Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Ingesamt kamen also 1149 Mitglieder in Betracht, davon waren 730 verheiratet. An Unterstützungen mußten für diese Zwecke rund 15 000 verausgabt werden. Der Durchschnittslohn im Gau stellt sich auf 37 1/2 pro Stunde. Bei den Erhebungen sind die zurückgebliebenen Bezirke mitgenommen worden. Leber den Durchschnitt erhielten 2700 Kollegen, während 4070 in 11 Wohnklassen abgestuft bis zu 27 1/2 erhielten. Es gibt aber leider genügend Unternehmer, die sich nicht schämen, älteren wie jüngeren Leuten 25 1/2 und weniger in die Hand zu drücken.

Hier handelt es sich durchaus nicht immer um Mitleidensempfänger. Hinzu kommt, daß nicht immer ein Mitleidensgefühl in den 82 Wohnbezirken in Arbeit liegen. Bei dem sich ergebenden Durchschnittslohn ist die meisten Maurer gezwungen, die sich nicht schämen, älteren wie jüngeren Leuten 25 1/2 und weniger in die Hand zu drücken. Hier handelt es sich durchaus nicht immer um Mitleidensempfänger. Hinzu kommt, daß nicht immer ein Mitleidensgefühl in den 82 Wohnbezirken in Arbeit liegen. Bei dem sich ergebenden Durchschnittslohn ist die meisten Maurer gezwungen, die sich nicht schämen, älteren wie jüngeren Leuten 25 1/2 und weniger in die Hand zu drücken.

Arbeitgeberverband vertreten, ganz Vorpostern soll einen einheitlichen Bund bilden. In sich wäre dies kein Fehler, um so weniger, als die einzelnen Organisationen verhandeln wollen. Aber wie! Bei den Verhandlungen will kein Unternehmer grundsätzlich gegen eine längere Arbeitszeit sein. Stets muß er seiner Ruchlosigkeit seine Gesinnung zum Opfer bringen. Bei der Lohnfrage will es jeder als seine Lebensaufgabe betrachten, „seine“ Arbeiter vor Not zu schützen. Wieder ist sein Geist zwar willig, aber die Verhältnisse sind zu mächtig. Mitleid könnte man mit den Verarmten haben, wenn es nur so wäre. Von oben getrieben, von unten gefnußt. In Wahrheit haben sie meist den Handel mit Baumaterialien in Händen. Mit Hilfe der Verbandenclique sind sie in der Lage, weilen Kredit genießen zu können. Meist werden Warten bis zum Schlüssel angenommen. Die sogenannten „Heinen Handwerker“ werden dabei natürlich geschöpft. In denselben Atem, mit dem sie einen Vertrag für etwas Gutes erklären, fordern sie alles mögliche, um die Agitation für die vertragsliebende Organisation lahmzulegen. Da sollen die Herren „Unorganisierten“ nicht belästigt werden, den Herren „Polieren“ soll ein Meistervertrag eingeräumt werden und was dergleichen mehr ist. Zum Glück ist die Wehrkraft der Poliere vernünftig genug, rechtzeitig zu erkennen, auf welches Glatteis sie geführt werden sollen. Gute Arbeitskräfte finden sich unter den Arbeitswilligen immer weniger. Konstant hat es mit den „Bravos“ kaum gegeben. Solche Bestimmungen sollen ja auch nur Hintertüren sein.

Unter den 19 Verträgen, die in ebenjebiel Bezirken bestehen, sind manche nicht ganz nach Wunsch ausgefallen. Die ehrsüchtige Anerkennung der Organisation als Grundlage jedes Abchlusses fehlt eben noch bei den meisten Unternehmern. Diese Anerkennung zu erlangen, ist unsere Pflicht, um so mehr, als auch im Bauarbeiter-schutz die Unternehmer, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, nicht das tun, was nötig ist. Die Sektionen II und III der „Nordöstlichen“ und V der „Gamburjischen“ haben ihre Mitglieder zur Erfüllung der bestehenden Vorschriften angehalten. 3 Präsidialordnungen, Verordnungen in 5 Kantons- und 2 Städten wollen einen besseren Schutz bedeuten, die 10 technischen Aufsichtsbeamten der Sektion III mögen ihr Bestes tun: nach dem Geschäftsbericht für 1904 revidierten sie 5717 Betriebsstätten aller Gewerbezweige (1903: 1282), aber ein wesentlicher Rückgang der Unfälle trat nicht ein. Die Gesamtzahl der Unfälle betrug 1904: 1022, 1903: 1036, 1902: 923. Zur Entschädigung gelangten 1904: 164, 1903: 208. Todesfälle kamen vor im Jahre 1904: 10, 1903: 22. In Ordnung befanden sich 2807 Betriebsstätten; also nicht einmal die Hälfte der revidierten Arbeitsstätten. Der Bericht sagt darüber, daß immer noch die zweite Gerichte vornehmlich sind, und daß Arbeiter so häufig die Schuldverrichtungen misgibt. Zugegeben, wird dagegen, daß manche Betriebe die Verletzungssicherheit an groß betreiben. Die Zahl der Verletzungsgefallenen übersteigt die der Gestellten um 100 pzt. Beschäftigt waren in 1904: 11 511 Personen, 1903: 8364 Betriebe, 11 622 Beschäftigten um 189. Die Kontrolle ist schärfer geworden, und dennoch sind die Unfälle um 100 höher als 1902. Für 1905 ist nach Geschehenen und nach den Berichten aus den Orten keine große Besserung zu erwarten. In geradezu Man kann sagen: bei dem Bauarbeiter-schutz liegt nicht mehr als alles im argen. Den Unternehmern, der für die gesundheitliche Arbeitszeit nicht zu haben ist, kann man ohne Weiteres zu den rückständigen zählen, aber in welches Register soll wohl der eine gebrachte Baubude für überderung betradmet und für das Verlangen nach einem Abort nur eine unsinnige Bemerkung übrig hat? Neuherr schwer hält es, diesen Keuten den Begriff „menschwürdig“ beizubringen. Was man alles als „menschwürdig“ ansieht, ein Beispiel zeigen. Nicht bei Demmin stand in einer Arbeiterwohnung ein Bett, daneben ein Kasten mit vier Kästen, dann eine Kiste Karoselle, ferner in einem Veranda drei Perle. So sehen hässliche Arbeiterwohnungen aus! Und nun erst die Räume zur vorbeigehenden Benutzung! Von früh im Jahre bis hoch in den Herbst, ja, bei offenem Wetter bis Weihnachten, liegen die Maurer auf Straßen und, so kümmerlich, daß eine, eventuell auch deren Hosen geliefert werden. Einer oder der andere der Herren Hosen aus einem Weg zu den Decken. Da setzen Rheumatismus, Schwindel und Magenkrankheiten hierbei ausbleiben könnten. Bei diesen Fragen ist auch mehr Klarheit in unseren Reihen nötig, um auch dem rückständigsten Unternehmer den Begriff „menschwürdig“ klar zu machen. Schwere wird es halten, da auch die Behörden kein gutes Beispiel geben. Eine lebhaft, planmäßige Agitation kann hier viel nützen. Durch die Mitarbeit aller Kollegen haben wir in Vorpostern auf jedem Dorf, wo Maurer wohnen, Eingang gefunden. Auch in Meidenburg-Streit ist die Organisation unter keineswegs leichten Bedingungen so weit, daß in diesen Bezirken etwa noch 10 pzt. fernstehen. In Hinterpostern und dem Teil Brandenburg geht es langsamer vorwärts. Die Hausagitation wird nur zu oft vernachlässigt. Die Verzeirteilung steht in manchem Bezirk nur auf dem Papier. Ein energisches Nachdrücken wird nicht lassen. An Lust und Fähigkeit fehlt es nicht. Aber Heintzke Eiserfürtelen, die Furcht, es könne jemand bei den Kollegen zu hoch in Gunst kommen, lassen vielfach das Notwendige ungeschähen. Oftmals wirkt auch der Lokalpatriotismus hemmend statt belebend. Diese Mängel müssen von der besseren Einsicht geheilt werden. In der Regel geschieht das aber nicht früher, als bis ein offenkundiger Schaden für die Gesamtheit eingetreten ist.

Mit der Totalfrage ist es noch schlecht bestellt. Nicht weniger als 11 Vereine müssen die Gastfreundschaft entfernter Orte in Anspruch nehmen oder unter freiem Himmel ihre Versammlungsrechte ausüben. Auf Gaststuden sind 18 Vereine angewiesen. Der träge Versammlungsbesuch hat hier sein Gutes, denn würden alle Mitglieder kommen, so wäre der Höhe bei den meist unzureichenden Räumen Gelegenheit zum Eingreifen gegeben. 49 Vereine haben ein gutes Lokal, doch zu allen Zwecken haben nur 24 Orte ein solches zur Verfügung. Unschär ist die Totalfrage in allen Orten. Darum muß die Organisation so ausgebaut werden, daß schließlich auch ohne Lokal der innere Kraft in Arbeit nehmen. In Blauen arbeiten größtent-

halt bleibt. Als gutes Mittel erkennen alle Mitglieder unumwunden die Hausagitation an, dennoch ist sie nur in 40 Vereinen eingeführt. 12 Vereine haben Zahltag und 23 fassieren, wie es sich gerade trifft, in Versammlungen, in der Wohnung des Kassiers, oder sonst wie. In vielen Vereinen hält man feste Vorstandssitzungen ab, oder so wenige, daß eine richtige Verständigung der Vereinsleitung kaum denkbar ist. 6 Vereine haben 1905 keine Versammlung abhalten können. Obwohl die Kasseeinführung sich besserte, sind immer wieder die Revisionen lästig. Hierbei könnten jüngere Kollegen unter Anleitung Erfahrener am besten Einbild gewinnen und sich für die Leitung der Geschäfte heranbilden. Die Beitragspflicht zur Gulasse wird oft als Last empfunden; so mancher Kassierer wird zum Rechenkünstler. Daß zu unseren Bestrebungen auch eine Portion Wissen gehört, ist allseitig anerkannt, und doch liegt es mit der Beschaffung von Bildungsmitteln sehr im argen. 28 Vereine sind im Besitz einer Bibliothek bzw. nehmen an einer Gewerkschaftsbibliothek teil. 50 Vereine haben nur die Verbandschriften, und diese auch nur in beschränktem Maße den Mitgliedern zugänglich gemacht. In dem Verhalten der Behörden ist keine Änderung eingetreten. Zwar kommt das grobe Zutappen nur noch selten vor, man plackt mit einer Auslegung der Gesetze, die dem Scharfsinn eines Teilnehmers alle Ehre machen würde. Gegen einzelne Kollegen hagelte es Strafmandate, die auf die Denunziation der Unternehmer erlassen wurden. Einige Bürgermeistereien beziehen ein gutes Gehalt, scheuen sich aber nicht, auf den Gütern, die sie nebenbei verwalten, unsere Kollegen brotlos zu machen, indem sie ihnen der Lebenserwerb abschneiden. Inwiefern die bei der Polizei eingereichte Mitgliederliste hierbei eine Rolle spielt, kann man nicht nachsehen. Dasselbe ist es bei der Totalfrage; was da an Schlitzen gegen die Birte geleistet wird, ist hanebüchen. Wenn es irgend sein kann, scheidet man bei Konzeptionserteilung die Bedürfnisfrage an, die Polizeistunde wird beim Arbeiterlokal herabgesetzt usw.

Im Gau liegt die Rechtsprechung in gemeinlichen Streitigkeiten bei 10 Gemeinbezirken. Nach dem „Rechts-Arbeitsblatt“ bestehen solche in Anklam, Stargard i. P., Stettin, Kreis Randow, Kreis Uckermark (Uckermark, Pasewalk), Rügen, Kolberg, Greifswald, Straßfund und Prenzlau. Außerdem besteht noch das Schiedsgericht der Bauagewerkschaft für Stettin und Kreis Randow. In Unfallsachen sind die Schiedsgerichte in Stettin, Gellin, Straßfund, Frankfurt a. d. O., Berlin und Westpreußen zuständig.

Wo kein Arbeitersekretariat eingerichtet ist, oder von den unteren Verwaltungsbehörden kein umgänglicher Beamter die Ausstufstellen besetzt, nehmen unsere Kollegen häufig zu Einzelkonsulten ihre Zuflucht. Hier kann durch Austausch der Erfahrungen und durch Beschaffen der einschlägigen Literatur viel gebessert werden. Aus altem Vorwurte schimpfen Abstrimenten gern auf die Maurer als auf die notorischen Trunkenbolde. Aber wie überall, so macht sich auch hier der Einfluß der Organisation in der Werbung zum Besseren bemerkbar; freilich, den Janatitern ist es nicht genug. Eine bedeutende Zahl der Kollegen sind Mitglieder der Partei, und zum Teil auch eifrige Mitglieder. Alles in allem haben die Mitglieder als Glied der ganzen Arbeiterbewegung gefühlt und gehandelt. Die ganze Bewegung ist lebhafter geworden. Die Anwesenheit des Gauvorstandes bzw. eines Bevollmächtigten war in 257 Fällen nötig. Es wurden zur Erlebigung 350 Tage gebraucht. Besucht wurden 106 Versammlungen, 191 Sitzungen bzw. Besprechungen und 24 Revisionen. In 36 Fällen nahm ein Vertreter an Verhandlungen mit Unternehmern teil. Verrechnet man die Ausgaben, so entfallen auf jeden Fall 13,08 Kopfen, ohne sonstige Ausgaben auf 12,96. Die Geschäfte des Gauvorstandes sind in 16 Sitzungen und bei 4 Abrechnungen erledigt. Die Revisionen waren vierteljährlich mit den Quartalsabrechnungen verbunden. Der jährliche Wechsel war ebenfalls lebhafter. Es liefen ein: 406 Briefe, 307 Karten, 35 Telegramme, 176 Postanweisungen, 13 Pakete, 44 Stück Druckfachen = 981 Stück. Versandt wurden: 378 Briefe, 507 Karten, 87 Telegramme, 9 Postanweisungen, 8 Pakete, 283 Stück Druckfachen = 1220 Stück. Die Kassenergebnisse haben sich trotz der größten Anforderungen nicht verschlechtert, wie die Abrechnung beweist:

Table titled 'Einnahme' showing financial data for the year 1904, including board expenses, contributions, and other income.

Table titled 'Ausgabe' showing financial data for the year 1904, including board expenses, contributions, and other expenses.

Die Kassenergebnisse haben sich trotz der größten Anforderungen nicht verschlechtert, wie die Abrechnung beweist: Einnahme... Ausgabe...

Der Gauvorstand. J. A. Wilschauer, Vorsitzender.

Gau Leipzig. Die Baukonjunktur war im allgemeinen still; nur in Leipzig und Blauen war ein starker Rückgang der Arbeitsgelegenheit zu verzeichnen. In Leipzig war die Zahl der beschäftigten Maurer um 20 und in Blauen um 50 pzt. niedriger als im Vorjahr. In Leipzig machte sich die Arbeitslosigkeit besonders für ältere Kollegen recht fühlbar, indem die Unternehmer in solchen Perioden nur jüngere

teils nur Ausländer; von hieraus überfluten sie dann das übrige Land, soweit sie dort kein Unterkommen finden. Demnach war das Angebot von Arbeitsträften überall stark. Entsprechend der leidlichen Konjunktur war die Entwicklung des Verbandes gegen das Vorjahr geringer. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Oktober 1904 16 099 und stieg im Jahre 1905 auf 16 712. Die Zunahme betrug in den Jahren 1903 und 1904 6000, also im Durchschnitt 8000 jährlich; in diesem Jahre jedoch nur 618. Die Zunahme dürfte in den nächsten Jahren auch kaum viel stärker werden. Die Zahl der im Gau beschäftigten Maurer beträgt 20 882, demnach wären 80 pSt. organisiert.

Die Entwicklung der einzelnen Mitgliedschaften war sehr verschieden; so hatten z. B. 68 Mitgliedschaften geringe Zunahmen aufzuweisen, während sich zehn Mitgliedschaften in der Mitgliederzahl gleich blieben. 21 Mitgliedschaften hatten Abnahme zu verzeichnen. Hierzu gehören Leipzig mit 800 Mitgliedern und Plauen mit 400 Mitgliedern. Die Gründe hierfür sind in der Abnahme der Bautätigkeit zu erblicken. Aber auch Chemnitz hat bei einigermaßen guter Bautätigkeit circa 400 Mitglieder eingebüßt; hier ist der verlorene Streik im Vorjahre der Grund. Daß in Chemnitz zu drei Dritteln böhmische und italienische Maurer beschäftigt sind, ist ja bereits in früheren Berichten erwähnt; dieser Zustand wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. In sieben Orten wurden neue Mitgliedschaften gegründet, und zwar in Geyer, Obernau, Schneeberg, Luda, Schleiz, Triebes, Neuba und Rechlitz, die insgesamt zur Zeit 455 Mitglieder zählen. Die Mitgliedschaft Rechlitz ist bereits schon wieder eingegangen; die dortigen Maurer sind viel zu feig, für ihre Interessenvertretung etwas zu tun. Der mit dem Einkassieren der Beiträge beauftragte Maurer hat sich wenig um die Sache bemüht und außerdem noch die eingenommenen Gelder im Betrage von 11 unterzafalen.

Von dem Gauortstande wurden 232 Versammlungen, 186 Besprechungen und 4 Konferenzen abgehalten. Außerdem wurden 76 unangewandte Revisionen vorgenommen. Insgesamt waren 492 Reisen notwendig.

Briefe, Postkarten, Depeschen und andere Sendungen gingen ein 687; zur Verwendung gelangten 914.

Die Hauptarbeiten des Gauverbandes verursachten die Lohnbewegungen, die dieses Jahr in größerer Zahl als im Vorjahre stattgefunden haben. In 47 Orten hatten die Kollegen Forderungen eingereicht. Die Durchführung erfolgte jedoch nur in 30 Orten. In 17 Orten verzichteten die Kollegen auf die Durchführung. Eine Einigung erzielten die Kollegen in neun Orten, während es in 20 Orten zum Streik und in einem Orte zur Aussperrung kam. Die Unternehmer verhandelten in 21 Fällen, in 26 Fällen lehnten die Unternehmer jede Verhandlung ab. Die Verhandlungen fanden in 20 Fällen unmittelbar zwischen den Parteien statt, in einem Falle war der Bürgermeister der Vermittler. In der Lohnbewegung waren 7890 Kollegen beteiligt. In Betracht kamen 527 Unternehmer, die noch 1202 Lehrlinge beschäftigten. Die Unternehmer waren in 22 Orten organisiert. Die Streiks wurden in 18 Orten zu Gunsten der Kollegen beendet, während zwei Streiks resultatlos beendet werden mußten. Erreicht wurde für 3815 Maurer eine Erhöhung des Stundenlohnes um durchschnittlich 3 3; eine Verringerung der Arbeitszeit wurde für 1127 Maurer um eine Stunde erreicht; für 101 Maurer wurde die Arbeitszeit auf zehneinhalb Stunden und für 154 Maurer auf neunehnhalf Stunden gekürzt. Die Streiks waren meist von kurzer Dauer; nur der Gönninger Streik dauerte über fünf Monate. Die Aussperrung in Girsberg a. d. S. ist bis heute noch nicht erledigt.

Die Unternehmer in Mittweida hatten bereits in einer Verhandlung die zehnhündige Arbeitszeit und 88 3 Stundenlohn bewilligt, glaubten aber, sich ihrem Versprechen wieder entziehen zu können, so daß es am 22. Mai zum Streik kam. Nachdem der Streik drei Wochen gedauert hatte, erließen die Unternehmer in der „Mittweidaer Zeitung“ am 13. Juni eine Annonce, worin sie Maurer bei zehnhündiger Arbeitszeit und 88 3 Stundenlohn luden. Auf Grund dieser Annonce wurde die Streikseitigung bei den Unternehmern vorstellig, ob die in der Zeitung enthaltene Annonce von den vereinigten Unternehmern aufgegeben sei; da das bejaht wurde, wurde daraufhin die Beendigung des Streiks beschlossen. Bis heute haben die Unternehmer ihr Versprechen auch gehalten. Der Streik in Frankenberg war hartnäckiger, und zwar deshalb, weil von 107 am Orte beschäftigten Maurern 24 Streikbrecher waren; zur schnellen Erledigung eines Streiks zu viel. Außerdem hatten die Unternehmer in der dritten Streikwoche böhmische Maurer aus Chemnitz hergeholt. Diese Leute ließen sich aber überreden und reisten nach einigen Tagen wieder ab. Erreicht wurde auch hier die zehnhündige Arbeitszeit. Die Gönninger Unternehmer hatten unseren Kollegen schon im Vorjahre die zehnhündige Arbeitszeit für 1905 zugesagt; es fiel aber den Unternehmern gar nicht ein, ihr Versprechen zu halten. Am 1. Mai kam es zum Streik. Von 74 am Orte beschäftigten Maurern legten 62 die Arbeit nieder, so daß 12 Streikbrecher vorhanden waren. Die Unternehmer, hier an der Zahl, wiesen unsere Eingangsverträge brüht ab; es gelang ihnen, einige zwanzig böhmische Streikbrecher heranzuholen, denen schließlich mehr Lohn gezahlt wurde, als die einheimischen Maurer verlangten. Die Streikbrechergehilfen war auch nicht zur Arbeit zu bewegen. Die Führung dieser Kolonne hatte ein gewisser Hubach aus Rudwitz. Dann und wann reisten einige ab, sie wurden aber wieder durch andere herangezogene Lumpen ersetzt, so daß die Zahl immer dieselbe blieb. Mit diesen erlischen 30 Reuten hatten die Unternehmer die freireisenden Maurer bis zur Hälfte ersetzt. Die Konjunktur war gut; waren doch bei Beendigung des Streiks noch fünf Neubauten im ersten Stadium. Die Kollegen hatten zehnhündige Arbeitszeit und 88 3 Stundenlohn verlangt; nachdem der Streik 18 Wochen gedauert hatte, wollten die Unternehmer 87 3 Stundenlohn und die zehnhündige Arbeitszeit bewilligen; dies Angebot sollte bis Ende 1907 gelten. Unsere Kollegen lehnten dies Angebot ab und vertagten vier Wochen später den Streik. In den ersten Wochen nach Beendigung des Streiks stellten die Unternehmer keine Streikenden ein. Die Unternehmer wollten nach Heimschickung nehmen. Daß dieser Streik solange hingehalten wurde,

lag daran, daß alle Kollegen, bis auf drei (die Streikleitung), abgereist waren, wodurch der Verband nur geringe Kosten zu tragen hatte. Man wollte aber auch dies prognostizierte Unternehmern nicht so billig laufen lassen.

In Reitznig war die Lohnbewegung im April durch Bewilligung der zehnhündigen Arbeitszeit und 80 3 Stundenlohn erledigt. Die Unternehmer glaubten aber die unterliegenden Löhne, wie früher, fortzählen zu können. Der Unternehmer Lohse zahlte einigen älteren Kollegen unter 80 3 Stundenlohn, es kam deshalb zur Sperre. Die Reitzniger Unternehmer verlangten nun die Aufhebung der Sperre, andernfalls wollten sie sämtliche organisierten Kollegen aussperrern. Die Sperre wurde aufrecht erhalten und die Unternehmer sperren aus. Nun drohten die vereinigten Unternehmer der Amtshauptmannschaft Döbeln, sämtliche Maurer auszusperrern. Uns ließ auch diese Drohung kalt. Mittlerweile, die Unternehmer waren so gnädig, uns acht Tage Bedenkzeit zu geben, hatte ein Kommissär der Amtshauptmannschaft Döbeln eine Vermittlung angebahnt. Die Sache wurde dadurch erledigt, daß sich die Unternehmer verpflichteten, für 1906 88 3 Stundenlohn zu zahlen. Bemerkenswert war die Androhung der Aussperrung durch den Vertrauensmann des Bauarbeiterverbandes Koch aus Hofweitz. Es schien, als ob er sich mit besonderer Kaltblütigkeit über die Vereinbarungen in Hofweitz, Döbeln und Waldheim hinwegsetzen wollte. Die Plauenburger Lohnbewegung war in wenigen Tagen erledigt. Die Unternehmer bewilligten die Forderung auf zehnhündige Arbeitszeit und 38 3 Stundenlohn. Die Herren waren klüger als ihre Kollegen in Gönitz und Gera, die mit ihren Arbeitern monatelang im Streik gelegen haben. Die Marktsaßstädter Kollegen verlangten neunehnhalfstündige Arbeitszeit und 80 3 Stundenlohn. Eine Verabredung konnte in den Verhandlungen nicht erzielt werden, so daß es auch hier zum Streik kam. Nachdem der Streik 14 Tage gedauert hatte, bewilligten die Unternehmer die Forderung. Die Lohnbewegung in Schleiz wurde auch glatt erledigt; verlangt wurden neunehnhalfstündige Arbeitszeit und 48 3 Stundenlohn. Ein Unternehmer weigerte sich, die Forderung anzuerkennen; nach einer dreitägigen Sperre erkannte auch er die Forderung an.

In Hofweitz und Döbeln wurden im Frühjahr 1904 bei elfstündiger Arbeitszeit 25 3 Stundenlohn gezahlt. Durch die Lohnbewegung in diesem Jahre wurde in Hofweitz die zehnhündige Arbeitszeit und 80 3 Stundenlohn, in Döbeln ebenfalls die zehnhündige Arbeitszeit und 88 3 Stundenlohn erreicht. Die Waldheimer Kollegen forderten neben der zehnhündigen Arbeitszeit 85 3 Stundenlohn. Die Unternehmer bewilligten die geforderte Arbeitszeit und 88 3 pro Stunde.

In Reitznig, Döbeln, Hofweitz und Waldheim find die Kollegen am schlechtesten bezahlt. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in dieser Gegend zwischen Leipzig und Dresden noch erbärmliche Löhne gezahlt werden. Tatsächlich sind die Löhne im oberen Ertragsgebiete höher; dort werden 81 bis 82 3 Stundenlohn bei elfstündiger Arbeitszeit gezahlt. Auch dort muß die Organisation erst noch Gelegenheit nehmen, einzugreifen, denn bis jetzt haben die ergebnislosen Maurer noch nicht für nötig befunden, dem Verbands beizutreten. Die Zahl der Verbandsmitglieder ist noch gering. Hier müssen die Kollegen, die jetzt dem Verbands schon angehören, für die weitere Ausbreitung tätig sein.

Die Mächtigkeit der genannten Orte erklärt sich durch den Indifferentismus der Kollegen gegenüber der Organisation. Wir hatten erst seit 1904 dort Ausbreitung gefunden; heute find fast alle Maurer organisiert. Hoffentlich haben die Kollegen aus ihrem früheren Verhalten die richtige Lehre gezogen. Auch anderwärts mögen die Kollegen erkennen lernen, daß nur die Organisation Befreiung schaffen kann. In Geringswalde hatten die Kollegen Forderungen auf Einführung der zehnhündigen Arbeitszeit und 85 3 Stundenlohn gestellt. Die Unternehmer hatten auch die Lohnkommission zu einer Verhandlung eingeladen; auch der Gauvorsitzende hielt es für notwendig, an der Sitzung teilzunehmen. Dessen Anwesenheit veranlaßte aber die Unternehmer, überhaupt nicht zu verhandeln, und zwar gebrauchten sie dabei die Ausrede, wenn der an der Verhandlung teilnehmen wollte, dann müßten sie ihren Vertreter auch zur Verhandlung zuziehen. Es wurde noch erklärt, daß innerhalb acht Tage eine Verhandlung stattfinden würde, wozu man auch den Gauvorsitzenden einladen wollte. Die Unternehmer haben aber weder ihn noch die Lohnkommission geladen. Sie hatten sich wahrscheinlich in der Unwissenheit von der Schwäche der örtlichen Organisation überzeugt, denn es waren von 120 am Orte beschäftigten Maurern nur 40 organisiert. Auch aus diesem Vorgange mögen unsere Kollegen lernen, daß bevor die Frage einer Lohnforderung angeregt wird, erst die Reuten der Kollegen zu mütern sind. Das heißt, erst muß die große Mehrheit durch ihren Willen befunden, daß es ihr heiliger Ernst ist, für die Aufbesserung ihrer Lage etwas zu tun. Die halsstarrigen Kollegen hatten dieselbe Forderung gestellt; trotzdem die Organisation hier besser war, konnten die Kollegen den Mut zum Streik nicht finden. Die Unternehmer hatten die Kollegen auf den Herbst vertagt, und das war für mehrere die Veranlassung, der entscheidenden Versammlung fernzubleiben. Der Herbst ist vorübergegangen, und die Unternehmer haben natürlich nichts bewilligt. Die Plauenischen Kollegen wollten ihre Forderung von 1903, zehnhündige Arbeitszeit und 46 Stundenlohn, durchführen. Die prognostizierte Unternehmerrückstuf hat auf die Eingabe gar nicht geantwortet. Es wurde daher beschlossen, in den partikulären Streik einzutreten. In den ersten Tagen waren etwa 200 Mann beteiligt; nach einigen Tagen lief die Hälfte wieder auf die Baustelle zurück; es wiederholte sich daselbe Spiel wie 1903; die Leute hielten nicht stand. Die Unternehmer machten denselben Trick wie die Chemnitzer Unternehmer im Vorjahre, sie erklärten durch Plakat, daß wenn die Sperren nicht aufgehoben würden, sämtliche organisierte Maurer sowie Bauarbeiter ausgesperrt würden. Daß die Aussperrung nur recht mangelhaft ausfallen würde, darüber konnte man sich ja schon von vornherein klar sein. Die Mehrheit der Leute verzichtete die Organisation, und blieb bei der Arbeit, sobald bei Beginn der Sperren von 1100 beschäftigten Maurern 900 Mitglieder des Verbandes

waren. Schon bei Beginn der Lohnbewegung wurde auf die etwaigen Maßnahmen der Unternehmer bezüglich des Reverses usw. hingewiesen und aufgefodert, einen solchen Revers nicht zu unterschreiben; dies hat aber alles nichts genützt; der Revers der Unternehmer wurde prompt unterschrieben. Eine solche Handlungsweise kann wohl nur bei ganz verblödeten Menschen möglich sein. Die Mehrheit dieser Maurer ist vollständig willenlos. Unter solchen Umständen war nichts zu erreichen; der Streik mußte resultatlos aufgehoben werden. Es war dies der dritte Streik, der innerhalb 10 Jahre zur Einführung der zehnhündigen Arbeitszeit unternommen wurde. Der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe hat beschlossen, der Einführung der zehnhündigen Arbeitszeit keine Schwierigkeiten zu bereiten. Dieser Beschluß gilt aber für die unabhängigen Bauunternehmer in Plauen nicht. Um die Niederlage dieser Lohnbewegung richtig zu beurteilen, ist es notwendig, einiges über die Arbeiterchaft Plauens näher auszuführen. Plauen hat zur Zeit 105 000 Einwohner. Die politische Arbeiterzeitung hat noch nicht einmal 1000 Abonnenten. Für jeden, der die Arbeiterbewegung beurteilen kann, wird schon hieraus klar, daß die Arbeiterchaft Plauens nicht auf der Höhe der Zeit steht. Daß dann die einzelne Gewerkschaft noch rückständiger ist, ist selbstverständlich. Die Höhe dieser Zeitschriftenlosigkeit ist die Frauenarbeit. Eine ganze Anzahl Männer entzieht sich den bürgerlichen Pflichten; d. h. sie verbrauchen ihr Geld für sich und überlassen es der Frau, die Familie zu ernähren. Die Charakterlosigkeit solcher Leute läßt es dann auch nicht zu, über die Fragen der allgemeinen Wohlfahrt nachzudenken. Die Kollegen in Girsberg a. d. S. forderien zehnhündige Arbeitszeit und 85 3 Stundenlohn. Am 21. August wurde die Forderung bei den Unternehmern eingereicht. Der Unternehmer Schlottner, der allein neun Fünftel der Girsberger Maurer beschäftigte, verlangte am 22. August den Austritt aus dem Verbands, was die Kollegen allerdings nicht taten, damit waren sie aus der Arbeit entlassen. Der Unternehmer Schlottner spionierte mit seinem Vorgehen einen Trick, der vor einigen Jahren in der Gerberei von Koch mit Erfolg ausgeführt worden war. Die Kochsche Gerberei gehört zu den größten in Deutschland. Es ist so ziemlich alles von den 1800 Einwohnern Girsbergs von dieser abhängig. Schlottner hatte für die Firma Koch acht Arbeiterhäuser zu erbauen. Es war ja von vornherein ersichtlich, daß die Firma Koch den Schlottner mit der Fertigstellung nicht drängen würde. Die ausgesperrten Kollegen haben sich tapfer gehalten; vier Fünftel davon sind abgereist. Schlottner und seine Frau benahmen sich gegen die Arbeiter im höchsten Grade ungeschickt. Beim Beginn der Aussperrung begab ich mich mit einem der Aussperrten in die Wohnung des Schlottners. Als seine Frau meinen Kollegen gewahr wurde, schrieb sie diesen an, er solle machen, daß er hinauskomme, er hätte nichts da zu suchen. Selbstverständlich war hiermit auch meine Wilsion erledigt, um so mehr, als Herr Schlottner nach Angabe der Frau nicht zu Hause war. Schlottner hat viel Geld für Annoncen ausgegeben, aber seinen Mann erhalten. Nur drei Dresdener Individuen fanden sich, die die Publizität in Afford ausführen. Diese drei Kunden gehören zu den freiesten Elementen, die unter Arbeitern anzutreffen sind. Ich hatte Gelegenheit, diese Kunden über die leitenden Personen der Bauarbeiterbewegung Dresdens in einer Wirtshausstube schimpfen zu hören. Dieser Bewegung wurden alle Gemeinheiten, die niemals zu beweisen sind, nachgerebet. Selbstverständlich freuten sich die aufwendenden Spießer über solche unerwünschten Schlegeln Reden.

Die Streiks in Grimma, Brandis und Wettin waren nach drei Wochen beendet.

In Döbeln, Hofweitz, Reitznig, Schleiz und Plauen, Dorf waren die Streiks in wenigen Tagen zu Gunsten der Kollegen beendet.

Das Verhalten der Polizei war bei den Lohnbewegungen in den kleinen Städten anständiger als in den größeren Orten, d. h. die Beamten beachteten mehr Unparteilichkeit. Nur in Plauen und Gönitz kam über das Verhalten der Polizei geklagt werden. In Gönitz war bei einem Zug von böhmischer Streikbrecher die Bevölkerung etwas zusammengelaufen; zu Störungen wurde keine Veranlassung gegeben. Das Altenburgerische Ministerium fühlte sich aber doch veranlaßt, sechs Gendarmen in Gönitz zu stationieren, die etwa 14 Tage abwechselnd den Bahnhof besetzt hielten. Auch hat hier der Streik eine Anklage mit sich gebracht. Ein böhmischer Streikbrecher will durch einen Kollegen verprügelt worden sein. Die Sache mußte aber vertagt werden, weil der Beschlagene nicht aufzufinden war.

Am sonderbarsten trieb es die Polizei wieder in Plauen. Streikpostenfischen gibt es hier überhaupt nicht. Sofort, nachdem der Streik begonnen hatte, wurden einige Schutzleute wieder auf's Pferd gesetzt. Anklagen regnete es nur so. Eine ganze Anzahl Kollegen ist mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft worden. Es fehlte auch nicht an Provokationen. Der Maurer Reibhard, einer von jener Sorte, die gern Schnaps trinkt und die dann gewöhnlich die paar Bekanntschaften hat, hatte der Polizei angezeigt, daß er von Streikenden geprügelt worden sei. Um nun die Täter zu ermitteln, wurde ein Kriminalschutzmann beauftragt, mit Reibhard nach dem Streiklokal zu gehen. Anstatt nun mit Reibhard gemeinsam nach dem Lokal zu gehen, schickte er diesen allein und blieb auf der Straße zurück. Weßhalb tat dies der Schutzmann? Doch lediglich nur deshalb, weil er annahm, daß sich die Streikenden gegen Reibhard von neuem berechnen würden, was denn auch geschah. Wäre der Schutzmann zu gleicher Zeit mit Reibhard nach dem Lokal gegangen, so wäre bestimmt jeder Angriff unterblieben. Die Folge war, daß zwei Kollegen mit je vier Monaten Gefängnis bestraft wurden. Bis hinfür bei der Schwelge nicht vergessen, daß Reibhard im Lokal freud geworden ist, weil er wußte, daß der Schutzmann auf der Straße stand. Ohne daß ihm jemand zu nahe getreten war, ist Reibhard aus seiner Gefangenschaft mit je vier Monaten Gefängnis gerufen. Erst hierauf hat er eins auf den Schutzmann bekommen. Selbstverständlich war dann auch der Schutzmann da, der gefesselt hatte, wie Reibhard verprügelt worden ist. — Auf diese Art werden Streikvergehen hervorgerufen.

Die Agitation unter den Mitgliedern und die gute Heranziehung von Mitgliedern geschieht in Versammlungen und auf der Arbeitsebene. Eine ganze Anzahl Zweigvereine hat in den umliegenden Ortsteilen auch Hausagitation betrieben. Der Erfolg war in diesem Jahre schwächer als im Jahre vorher. Die Gründe hierfür sind an anderer Stelle angegeben. Im Bau sind nur noch wenige Orte, wo die Organisation nicht betrieben ist. In der Hauptsache sind dies Orte des oberen Vogellandes und des oberen Erzgebirges. Die Maurerschaft in diesen Städten kommt meist aus den böhmischen Grenzdistrikten und geht allmählich nach Hause. Für diese Leute Organisationen zu gründen, ist nicht angängig, weil vielfach nicht ein einziger ortsanfässiger Kollege vorhanden ist, der die Geschäfte der Organisation führt. Besserung dürfte hier nur zu erwarten sein, wenn die österreichische Bauarbeiterorganisation mehr Verbreitung gefunden hat.

Die Agitation wird in Zukunft in den Orten getrieben werden müssen, wo heute die Zahl der Organisierten bedeutend geringer ist als die am Orte beschäftigten Maurer. Die Buch- und Kassensführung hat sich erfreulich besser gestaltet. Die Einnahmen und Ausgaben werden fast überall regelmäßig gebucht. Freilich sind bei unserer Revision auch noch Orte angetroffen worden, wo weder Ausgabe, noch Einnahme regelmäßig gebucht waren. Diese Kollegen sind der Meinung, es genüge, wenn dies am Quartalsabschluss geschieht. Diese Annahme ist vollständig irrig. Jeder Kollege, der das Vertrauen seiner Kollegen zur Verwaltung ihrer Gelder erhalten hat, muß sich bemühen, das Vertrauen auch zu rechtfertigen, und dazu gehört, daß alles Geld, sobald es eingeht, sofort unter Einnahme gebucht wird. Es sind auch einige Mitgliedschaften vorhanden, die von Mitgliedern-Einträgen erheben, diese Einnahmen aber nicht in das für diesen Zweck vorhandene Kassenbuch eintragen. Eine solche Handlungsweise ist ungebührig. Die örtlichen Mitgliedschaften haben keine Veranlassung, dem Vorstandsvorstand etwas zu berichten.

Vielfach erschweren sich die Verwaltungen die Kassen- geschäfte durch die Einführung vieler Sorten Marken. Es gibt eine ganze Anzahl Mitgliedschaften, die fünf bis sechs Sorten Marken haben. Hier könnte viel einfacher verfahren werden, wenn die Zusatzbeiträge in die Beitragsmarke eingedruckt würden. Ueberhaupt ist es viel richtiger, wenn sich der zu zahlende Beitrag in einer Marke ausdrückt. Einzelne Vereine zahlen neben der Werbungs-Kassenunterstützung noch ärztliche Krankenunterstützung. Auch dies ist kein schöner Zustand. Es muß in Zukunft dafür gesorgt werden, daß derartige Vorgänge unterbleiben.

Der Bauarbeiterclub wird seitens der Behörden immer noch nebenfächlich behandelt. Die erlassenen Schutzbestimmungen werden fast gar nicht kontrolliert. Vielfach erfüllen auch die Arbeiter nach dieser Seite ihre Pflicht nicht, d. h. die Arbeiter machen die Unternehmer nicht immer auf die vorhandenen Mängel aufmerksam.

Soll der Schutz der Bauarbeiter aber praktische Bedeutung haben, dann müssen die Arbeiter strenge für die erlassenen Vorschriften eintreten, d. h. sie müssen durch ihre Organisation den Unternehmer zwingen, für geordnete Zustände auf der Baustelle zu sorgen.

Die Konjunktur für 1906 dürfte der des Jahres zuvor gleichen. Ja, es liegt die Befürchtung nahe, daß die Bauwirtschaft noch geringer sein wird. Nach dem derzeitigen Stande des Geldeumlaufes zu urteilen, dürfte in den größeren Städten die Baupfellektion geringer werden.

Die Abrechnung für das Jahr 1905 zeigt folgendes Bild:

Table with financial data for 1905. Columns: Item, Amount. Rows include: Kassenbestand vom Jahre 1904, vom Vorstandsvorstand nach § 80, Beiträge der Zweigvereine, Zinsen vom Jahre 1904, Ausgaben (entgangener Arbeitsverdienst, Mieten, Fahrgebühren, etc.), Bilanz (Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand), and Bei der Sparrkasse sind belegt.

**Berichte.** Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.**

**Christliche Verlogenheit.** In Nr. 1 der 'Vangewerkschaft' berichtet ein mit A unterzeichneter Korrespondent aus Nordort über eine Gerichtsverhandlung gegen den Kollegen Deutsch unter anderem: Der Kaiserband ist folgender: Am dem Reuben des Zentralbureaus der Weinschönen Stahlwerke in Weidrich wurde der feitorientierte Maurer wegen Mißhandlung (die von dem Gantener Kahl-Dortmund selbst anerkannt wurde) entlassen.

Was in diesen Sähen von mir behauptet wird, beziehe ich auf eine kleine Sähe, als freie Erklärung eines Geschriebens. Auf den weiteren Inhalt des Geschriebens einzugehen, hatte ich nach der gehörenden Abfertigung durch Kollegen während in der letzten Nummer des 'Grundstein' für überflüssig.

**Berlin.** Die Mitgliederversammlung der Sektion der Arbeiter am 7. Januar er. wurde mit einem Neujahrsgruß des 'Gesangvereins der Arbeiter' eröffnet, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Vorstand gab hierauf den Bericht vom Jahre 1905. Es fanden zehn ordentliche und vier außerordentliche Mitgliederversammlungen statt; ferner 10 Vorstandssitzungen und 13 Obmannersitzungen. In vier dieser Versammlungen wurden teils wissenschaftliche, teils politische Vorträge über das Anfallsberufsgesetz und die Sozialreform gehalten; leider waren diese Versammlungen, trotz der Werbung, die jeder Kollege dort finden konnte, sehr schwach besucht. Die Vorstandssitzungen hatten sich hauptsächlich mit Streitigkeiten und Beleidigungen unter den Kollegen zu beschäftigen. Es kann erfreulicherweise konstatiert werden, daß es in den meisten Fällen gelang, eine Einigung und Versöhnung unter den Kollegen zu erzielen. Die Obmannersitzungen hatten meistens an sehr reichhaltiges Material zu verarbeiten, da in ihnen die Vorarbeiten zur Agitation besorgt werden. Reichlich mußte in ca. 20 Fällen bewilligt werden, darunter zwei Staatsanwaltschaften, die mit einem Freispruch endigten, und eine Stadenserkasslage. In den meisten Fällen wurden die Klagen auch gewonnen, aber leider gab es trotzdem oftmals kein Geld. Die allgemeine Bauteilkontrolle, die durch Anstellung eines dritten Kollegen eingeführt ist, hat im allgemeinen gute Resultate erzielt. Am meisten wurde die Kontrolle von der Trägerfrage in Anspruch genommen. Hierbei können wir zwar eine Besserung verzeichnen, aber leider mußten auch 42 Kollegen, darunter 15 aus auswärtigen Zweigvereinen, ausgeschlossen werden, weil sie sich trotz Aufforderung weigerten, für richtige Arbeitsbedingungen einzutreten. In betreff der Bauenden wurde festgestellt, daß die Zustände zwar besser geworden, aber noch weit davon entfernt sind, gut zu sein. Die Kollegen wurden darauf hingewiesen, daß es unzulässig sei, sich durch Anschläge einer Tür selbst eine Bude zu bauen. Sie hätten vielmehr im Winter und im Sommer von Unternehmern eine anständige und im Winter geheizte Bude zu verlangen. Festzustellen ist, daß da, wo die Kontrolle eingreifen mußte, auch in allerletzter Zeit Prüßhülle geschaffen wurde. Es liegt also nur an den Kollegen, wenn schlechte Zustände Platz greifen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Solidarität unter den Kollegen mehr gepflegt werden muß; die Kollegen, die auf einer Baustelle arbeiten, müssen sich mehr kennen lernen und einander näher treten. Auch müsse der Beschäftigte die Kapriere gegenständig kontrollieren, besser durchgeführter werden. In der Diskussion wurde einiges richtig gestellt und in einzelnen Punkten eine andere Fassung vom Vorstand verlangt.

**Bünde.** Freitag, den 12. Januar, fand hier eine Mitgliederversammlung im Lokale der Frau Witwe Hübel statt. Nach Erledigung der Vorstandssachen für das laufende Jahr machte unser Gauleiter, Kollege Warnhoff, bekannt, daß wir auch zu gleicher Zeit die Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz in Hannover vorzunehmen hätten. Nachdem Kollege Warnhoff die Versammlung in kurzen Worten mit dem Zweck der Gaukonferenz bekannt gemacht hatte, wurde Kollege Hühnermeister als Delegierter gewählt. Nun referierte Kollege Warnhoff über das Thema: 'Unser Bewegung im Jahre 1906.' Er fährt ungefähr aus: Wenn wir einen Blick auf das verfloffene Jahr zurückwerfen, so können wir wohl mit unseren Erfolgen zufrieden sein; denn unsere Organisation hat sich zu einer ganz respektablen Höhe emporgeschoben. Wir wollen hoffen, daß wir auch in diesem Jahre einen solchen Fortschritt in der Bewegung machen werden. Denn die ganze Menschheit hat sich in dem Kriegführenden Parteien gespalten. Auf der einen Seite das Kapital in dem Unternehmertum verkorper, auf der anderen Seite die Arbeiter. Wenn wir uns aber unserer Pflicht voll bewußt sind, können wir auch kraft unserer Organisation auf unsere Macht pochen. Denn die Unternehmer werden dann wohl nicht alles aufreißt erhalten können, was sie in ihrem Organisationsprogramm aufgenommen haben. Wir werden jegefalls auch ein Wortchen mitreden; denn auch der Maurer hat eine bessere Lebenshaltung zu beanspruchen. Auch der Bauarbeiterclub muß erweitert werden. Die Reichsregierung ist leider immer noch der Ansicht, daß es Sache der Einzelregierungen ist, hinein Wandel zu schaffen. Diese aber sind bis jetzt sehr wenig geneigt dazu. Lasse sich also kein Kollege die Schlafmütze über die Ohren ziehen, im ruhig weiter zu schlafen, sondern jeder Kollege muß wachen und arbeiten, Schüller an Schüller mit seinem Nebenkollegen, fest und sicher dem Ziele entgegen. Dann werden auch in diesem Jahre die Erfolge nicht ausbleiben. Gerade in Bünde ist die Wahrung angebracht: Haltet fest zusammen! Damit es diesmal unserer Organisation gelingt, sich auf der Höhe zu halten, die wir jedoch mit vieler Mühe erreicht haben. Lasse sich keiner durch die Aufreizungen der Unternehmern abföhren, dann wird auch die Zukunft uns gehören. In 'Verlogenheit' machte der Kassierer bekannt, daß der Betrag der Sammellisten für einen erkrankten Kollegen die Höhe von M. 17.50 erreicht habe. Der Kassierer wird beauftragt, dem Kollegen diesen Betrag zusammen mit dem aus der Lokalfosse bewilligten M. 6.95 zu überweisen. Hierauf erfolgte Schluß der leider nur schwach besuchten Versammlung.

**Guzhoben.** Am 10. Januar tagte die Hauptversammlung des Zweigvereins. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren der Tätigkeitsbericht des Vorstandes und die Beratung über die beabsichtigte Lohnbewegung. Zum ersten Punkte berichtete der Vorsitzende Kollege F. Wolf. Im verfloffenen Jahre ist die Mitgliederzahl erfreulicherweise von 65 auf 160 im Durchschnitt gestiegen. Von den anstehenden nicht organisierten Kollegen sind allerdings nur 10 für die Organisation neu gewonnen; circa 40 Kollegen stehen uns noch fern. Die Wartiligkeit war sehr gut. Der Versammlungsbesuch ließ leider, von einigen Ausnahmen abgesehen, viel zu wünschen übrig. Die unternommene Hausagitation hat gute Resultate gezeitigt; leider kann man das von der in der Umgegend unternommenen Agitation nicht sagen. In Oltendorf sind bis jetzt alle agitatorischen Bemühungen erfolglos geblieben. Dieser Misserfolg ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß uns in dem alten Agrarierkreis kein Versammlungslokal zur Verfügung steht, und daß sich kein Kollege findet, der uns ein privates Lokal überläßt. Mit der Aufforderung, im kommenden Jahre noch mehr als bisher die Kraft für die Organisation anzupassen und nicht früher zu rasten und zu ruhen, bis sich nicht allein der letzte Kollege unserer Organisation angeschlossen hat, sondern auch unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich so gebessert haben, daß diese den abzuwartenden wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen, schloß Kollege Wolf seinen Bericht. Zur Lohnbewegung wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, bei den Arbeitgebern eine Forderung einzureichen, wonach der Stundenlohn von 50 auf 55 S. zu erhöhen sei und statt der zehnständigen Arbeitszeit die neunehnhalfstündige eingeführt werde. Der aus Hamburg anwesende Kollege Kober erteilte noch einige Rathschläge zu der Lohnbewegung. Bei der dann erfolgten Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege F. Wolf als erster Vorkandidat wiedergewählt; dem Kollegen August Digenst wurde das Amt des ersten Kassierers übertragen. Nachdem die übrigen Vorstandsposten besetzt waren, erfolgte nach einem fertigen Schlußwort des Vorsitzenden der Schluß der Versammlung.

**Darmstadt.** Die Zahlstelle Münster bei Dieburg hielt am 1. Januar ihre regerechte Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer Frühwein verlas die Abrechnung und gab den Verbrauch der Werke und die noch vorhandenen Vorkasse des Neubandes bekannt. Die Abrechnung ergab, daß die Vorkasse und Kassenführung gut war. Die Zahlstelle hatte einen Mitgliederzuwachs von 22 zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 71 beträgt. Es ist dies von großer Wichtigkeit, weil auch eine gründliche Gemeinlichkeit am Orte ist, die jedoch mit 15 Mitgliedern in der Minderheit bleibt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß 130 Maurer am Orte wohnen und noch 44 dem Verband fernliegen. Die Kollegen mühten im neuen Jahre eifrig bemüht sein, die noch fernliegenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. Auch wurden vom Vorsitzenden die schlechten Versammlungsbesucher gerügt. Er führte aus, daß es unbedingt notwendig sei, in den Versammlungen zu erscheinen. Hoffentlich werden die Kollegen die Warnung beherzigen.

**Delfsch.** Eine am 14. Januar hier tagende, einigermaßen gut besuchte Mitgliederversammlung nahm zunächst den Kassenbericht vom 4. Quartal sowie den Jahresbericht entgegen. Da der Kassenbestand die Höhe von M. 163.79 ergab, beschloß die Versammlung, die überschüssigen Gelder auf der Sparrkasse anzulegen. Ferner beschloß die Versammlung, um den Salamitätien, die sich fortwährend mit dem Unternehmer Schöne in Hochtouren ergeben, aus dem Wege zu gehen, daß sein organisierter Kollege unter 40 S. pro Stunde bei diesen Unternehmern in Arbeit zu treten hat, gleichviel an welchem Ort. Ferner stellt die Versammlung den Hochtouren Kollegen anheim, sich bei besserer Agitation selbständig einen Zweigverein zu gründen. Die Gelegenheit soll auf der nächsten Gaukonferenz zur Sprache kommen. Bei der Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz wurde der Vorsitzende, Bruno Wem, gewählt. Unter 'Verlogenheit' teilte der Vorsitzende mit, daß der Maurer Paul Bernide in Bitterfeld Arbeit in Afford übernommen hat zu einem Preis, der jeder Beschreibung Hohn spricht. Die Kollegen werden deshalb gewarnt, dort in Arbeit zu treten. Auch Bitterfeld ist in dieser Angelegenheit unterrichtet worden. Mit einem Appell, die nächsten Versammlungen ebenfalls gut zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Elmhorn.** Sonntag, den 7. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Ableben unseres Kollegen J. Wiese durch Erheben vor den Eiben. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 799.95. Die Einnahme der Lokalfosse betrug M. 933.33, die Ausgabe M. 247.25, Kassenbestand M. 107.25, das Jahresergebnis ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse eine jährliche Einnahme von M. 2589.55 hatte. Die Einnahme der Lokalfosse betrug M. 958.33, die Ausgabe M. 851.03, es ist also ein Kassenbestand von M. 107.25 zu verzeichnen. Hieron sind M. 20 den Revolutionären in Anspruch überwiesen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß außer zwölf Mitgliederversammlungen noch eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung stattfand. Diese wurde notwendig durch das Verhalten unserer Kollegen an dem Neuendorfer Bau, da der Tarif nicht innehalten wollten. Ferner haben 15 Vorstandssitzungen stattgefunden; als einen Erfolg unserer Organisation ist es anzusehen, daß in H. o. r. t. eine Zahlstelle gegründet wurde. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1905 112 und am 31. Dezember 124. Dabon gehören 73 dem sozialdemokratischen Wahlverein an und 51 sind Abkommen der 'Schleswig-Holsteinischen Volksgemeinschaft'. Bei der Wahl des Vorstandes wurde als Vorsitzender J. Febrs, als Kassierer G. Sibbert gewählt. Alsdann wurde zur Beratung unseres Rohntarifs übergegangen. Es wurde beschlossen, den Weistern in nächster Zeit einen neuen Tarif zu unterbreiten, mit der Forderung: neunehnhalfstündige Arbeitszeit, 60 S. Stundenlohn, Abschaffung der vierjährigen Bezeit und Aufbesserung der Nebenbedingungen. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

**Nichtenberg a. d. Elbe.** Am 7. Januar tagte hier selbst eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung. Als Referent war Kollege Wiltack aus Berlin erschienen. Erbrer Vortrag über 'Zweck und Nutzen der Organisation'. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschloffen, einigen Hüttskaffierern, bereit Mitglieder zu werden, eine etwas höhere Entschädigung als bisher zu gewähren und das diesjährige Stiftungsfest am 11. Februar zu feiern.

**Frankfurt a. O.** Der hiesige Zweigverein hielt am 10. d. M. seine regelmäßige Versammlung ab, die wie gewöhnlich, trotz besonderer Einladung sehr schlecht besucht war. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1905 und

Herzut den Jahresbericht für 1905. Die Lokalkasse wies einen Bestand von M. 504,13 auf. Eingetretten sind 60, ausgetreten 6, ausgeschieden 1, gestorben 4 Mitglieder. Der Kassierer wurde mitteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Herr Vorsteher G. Schulz und erster Kassierer W. Nikolaus, Schriftf. (Jahresbericht.) In der Bauarbeiter-Vereinigung gab Kollege Raubadel bekannt, daß die Unternehmer auf unser Schreiben bejähren hätten, vom 1. Januar 1906 ab eine Lohnserhöhung zu gewähren. Die geringe Bautätigkeit der letzten Jahre habe die Götlicher Bauunternehmung benutzt, in schamloser Weise die ohnehin tätigen Löhne noch mehr herabzudrücken. Als Verhandlungsdelegierter wurde Kollege Raubadel gewählt. — In der Februarversammlung hielt der Gewerkschaften, Kollege Kunde, einen Vortrag über: „Staatsformen einst und jetzt“. Kollege Raubadel sprach hierauf über die Tätigkeit der Bauarbeiter-Vereinigung. Der Bauarbeiter-Verein liegt bei uns noch sehr am Herzen, auf diesem Gebiet muß noch viel getan werden. — Im März trafen sich die Götlicher Arbeiter auf, sie beschloßen, am 18. März an die schon so lange begehrte, aber von dem äußerst hartnäckigen Unternehmer immer verweigerte gesühnter Arbeitszeit von selbst einzuführen. Obgleich in fast allen Orten um Götlich die gesühnter Arbeitszeit bereits seit Jahren besteht, wehrten sich die Unternehmer doch noch gegen die Einführung der acht Stunden Tag für den Rest der Woche eintrat, blieb den Unternehmern nichts weiter übrig, als klein beigeben; nur setzen sie ihren Willen durch, daß bis 12 Uhr 30 Uhr gearbeitet wird, bei 15stündiger Mittagspause. Um deswillen haben wir von einer Arbeitsüberforderung ab. Bei günstigerer Zeit wird es uns nicht schwer fallen, den 8stündigen Tag durchzuführen, was entsprechender Lohnserhöhung; denn die vom Götlicher Bauunternehmung allergünstig zuerkannten 2 1/2 Lohnaufbesserung werden nicht hin, umgerechnete wirtschaftliche Lage zu verbessern. — Im März verbreiteten die Götlicher Arbeiter unter den Kollegen der Umgebung ein Flugblatt. Diese Tätigkeit trug ihre Früchte. Die Mietlieberzahl stieg im Laufe des Jahres bedeutend. — Die Winterversammlung beschloß sich mit den Beschlüssen des Verbandstages. Der Vorsitzende gab bekannt, daß bei Bauwerkmeister Dubel die gesühnter Arbeitszeit überschritten werde. Allseitig wurde dies auf das schärfste verurteilt. Die betreffenden Kollegen wurden ermahnt, sich streng an unseren Beschluß zu halten, andernfalls sie die Folgen zu tragen hätten. Inzwischen wurde auch bei Dubel die gesühnter Arbeitszeit durchgeführt. — In der Junierversammlung tadelte Kollege Raubadel die eingerissene Unsitte des vielen Loberkundenarbeitens in der Gewerkschaft. Viele Kollegen waren und wollten des Glaubens sein, daß sie für 10 1/2 Zuschlag für Überstunden solange arbeiten könnten, wie es verlangt wird. Zulässig sind nur Überstunden in Fällen der Gefahr für Menschleben oder bei Betriebsstörungen. Das Mißgeschick unserer Beschlußes aus dem Verbandsausgeschloßen. — In der Julierversammlung hielt Genosse Stolpe einen Vortrag über „Arbeiterversicherung“. Nach diesem sprach Kollege Raubadel über die Unfälle im Götlicher Baugewerbe. Inzwischen kurzer Zeit kamen drei schwere Unfälle vor. Durch diese trüb aufeinanderfolgenden Unfälle kam die Götlicher Bauarbeiter-Vereinigung in eine bedauerliche Situation. Immer haben wir auf die Mißstände hingewiesen; es hat nichts genützt, die bestehenden Bestimmungen wurden nicht durchgeführt. Die Kontrollen der Behörden waren äußerlich mangelhaft. Es wird nicht eher besser werden, bis nicht Kontrollen aus Arbeiterkreisen angefertigt sind. Als „Arbeitswillige“ arbeiteten während des Jänner Streiks die Götlicher Maurer Vogel, Friedr. Kofke, Balzer (Vater und Sohn), Schönberg und Schulz. — Im August nahmen wir eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Götlich. Danach arbeiteten bei 17 Unternehmern 28 Röhre, 206 Stellen und 88 Beschäftigte. Die Gehaltsschöne schwanken zwischen 35 bis 40 1/2 pro Stunde. Für die zufünftigen Kämpfer gab der Zweigverein M. 25. — Im September hielt Kollege Kunde einen Vortrag über: „Die Waise im Kampf um das Recht des Proletariats“. — Im Oktober bildeten interne Verbandsangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung. — Im November referierte Genosse Keller über: „Der Kampf der Arbeiter um ihre gesetzliche Vertretung“. Wieder mußte Kollege Raubadel energisch einschreiten gegen das Überhandnehmen der Überstunden- und Sonntagarbeit beim Umbau der Firma Gogel. In Zukunft werden solche Kollegen ohne weiteres ausgeschlossen. — Im Dezember fanden die Neuwahlen des Vorstandes statt. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege Raubadel und als erster Kassierer Pöhl. Kollege Kay Richter hielt einen Vortrag über: „Die Lohnbewegungen im Baugewerbe“. Kunde gab den Gewerkschaften; überall macht sich eine Neigung zum Besseren bemerkbar. Raubadel gab das Resultat einer im Dezember vorgenommenen Bauteilkontrolle bezüglich des Bauarbeiter-Vereins bekannt. Viele Mißstände sind noch zu verzeichnen, besonders auf dem Gelände des Gasanstaltneubaus. Eine Statistik über das Wesen der Parteipresse unter den organisierten Kollegen ergab das bejährende Resultat, daß von 201 organisierten Götlicher Bauarbeitern (die umliegenden Dörfer nicht eingerechnet), nur 85 die Götlicher Parteipresse lesen. Die Redakteur wurden namentlich in der Versammlung bekannt gemacht; dies wird allmonatlich wiederholt. Die Folge dieser Einwirkung in allen Gewerkschaften ist die erfreuliche Zunahme des Abonnentenstandes der Götlicher Parteipresse. Zur Pflege der Parteipresse wurde ein Kinderfest und in Sitzungsfest abgehalten; beide verliefen für die Teilnehmer sehr harmonisch. Die Bibliothek ist auch reichhaltiger geworden.

**Guben.** Unser Zweigverein hat ein reges Baujahr hinter sich. Schon zeitig im Frühjahr zeigte sich eine rege Bautätigkeit; überall wurden Neubauten angefangen; doch stockte die Bautätigkeit etwas im Monat April und Anfang Mai, indem es an Steinen mangelte. Aber um die Mitte Mai ging die Mühlerei hoch reger los, und so kam es, daß es an Arbeitskräften fehlte. Außer vielen Privatbauten und einigen Kommunbauten wurden drei große Fabrikgebäude und sehr viele größere und kleinere Gewerkschaften fertiggestellt. Die letzteren entstanden dadurch, daß die Sanitärleitung der Stadt gebaut wurde. Es wur-

den das ganze Jahr hindurch, ja bis in den Winter hinein, rund 400 Arbeiter beschäftigt, gegen 200 bis 300 in den Vorjahren. Auch kamen im Berichtsjahre mehrere Unfälle vor; darunter ein schwerer, wobei ein Arbeiter und ein Bauhilfsarbeiter ihr Leben einbüßten und etliche andere schwer verletzt wurden. Unsere Kollegen mußten häufig auf dem Posten sein; denn es wurde von den Unternehmern alles in Arbeit genommen, was halbwegs schon einmal mit der Stelle in Verbindung gekommen war. Es muß unseren Kollegen zum Ruhm nachgesagt werden, daß sie überall ihre Pflicht getan haben. Auch die Verwaltung des Zweigvereins hat es nicht leicht gehabt; aber sie hat alles, was in ihren Kräften lag, getan, und dies mit Eifer und Lust. Damit soll aber nicht geleugnet sein, daß alles nach Wunsch gegangen wäre und der Zweigverein auf guter Höhe stände. Nein, es muß noch sehr viel getan werden, damit der Zweigverein nicht bloß in die Weite, sondern auch in die Tiefe geht. Hierauf muß in Zukunft das Hauptgewicht gelegt werden. Es wird dahin zu arbeiten sein, daß jeder persönliche Geist und die Durchdringung beiseite gelegt werden, so daß jeder Kollege mit Lust und Liebe dem Verbandsangehörigen. Es genügt nicht, daß man Beiträge bezahlt und sonst ein ganz guter Mensch ist. Nein und abwärts sein, jeder Kollege soll seine ganzen Kräfte anspannen, und den leitenden Kollegen helfend zur Seite stehen. Er soll Gedulden zeigen, z. B. „Grundstein“, die Arbeiterpresse usw., damit er die nötige Auswirkung erhält. Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß auch die Veranlassungen zu beachten sind. Wenn in dieser Weise gearbeitet wird, dann werden wir Stufe für Stufe in der Arbeiterbewegung vorwärts schreiten. Ein großes Arbeitsfeld liegt noch im Zweigvereinsgebiet vor uns; viele Arbeiter haben wir noch in den Dörfern zu organisieren. Wir haben ja im Berichtsjahre auch Agitation entfaltet und auch einige Erfolge erzielt, so z. B. in P i n n o w, wo wir eine Zählstelle mit 18 Kollegen ins Leben riefen; auch in einigen anderen Ortschaften sind einzelne der Organisation beigetreten. Im nächsten Sommer heißt es ebenfalls wieder häufig auf den Beinen sein, damit wieder etwas geschaffen wird und wir wieder einen Schritt näher an unser Ziel herankommen. Im November des Berichtsjahres lief unser Vertrag ab, der von uns rechtzeitig gekündigt wurde. Es sind auch Forderungen an die Unternehmer gestellt worden und wir stehen nun bereits mit diesen in Unterhandlung. Es ist aber noch nicht zu ersehen, welchen Ausgang diese Bewegung nehmen wird. Jedoch hoffen wir, daß die Unternehmer mehr guten Willen zeigen werden, als im Jahre 1902. Im Berichtsjahre haben 13 Mitglieder-Versammlungen und eine öffentliche staatsfreie. Ferner sind 18 Vorstandssitzungen und drei kombinierte Sitzungen mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern abgehalten worden.

**Güstrow.** Am 7. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Kassierer, Kollege Schöndel, die Quartals- und Jahresrechnung. Beide Abrechnungen wurden bejährt. Die Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaft konnte nicht vorgenommen werden, weil von den Kollegen nur sieben erschienen waren. Der Lohnsatz wurde geändert, von dem anwesenden Kollegen unterschrieben und Kollegen Goffmann zur Abgabe an die Meister übergeben. Es ist traurig, daß zu einer so wichtigen Versammlung von 36 Mitgliedern nur sieben erschienen waren; vielleicht sind die übrigen mit dem alten Lohnsatz von 30 1/2 pro Stunde zufrieden.

**Kurtz.** Der hiesige Zweigverein hielt am 1. Januar seine regelmäßige Versammlung ab, die aber leider nur sehr schwach besucht war. Nachdem der Kassierer W. Stein den Jahresbericht für das vergangene Jahr vorgelesen hatte, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. In „Verbandsangelegenheiten“ erwähnte der Vorsitzende die anwesenden Mitglieder, fest und treu dem noch so jungen Zweigvereine beizustehen; denn durch ein solches Zusammenhalten werde es nur möglich sein, den Unternehmern entgegenzutreten. Mit einem Gode auf die Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Randberg a. d. W.** Sonntag, 7. Januar, hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung ab, die leider nicht zum besten besetzt war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht, der von den Meistern bejährt wurde, worauf der Kassierer Decharge erhielt. Nach dem Jahresbericht wurden die Geschäfte des Zweigvereins in 25 Mitglieder- und fünf öffentlichen Versammlungen erledigt. Eingetretten sind im verflorenen Jahre 36 Mitglieder, gestorben ist ein Mitglied; der Lokalfondsbeitrag beträgt M. 389,80. Der Vorstandbericht bemerkt noch, daß trotz der guten Konjunktur die erhoffte Stärkung der Organisation nicht eingetreten sei. Es seien viele Schereien vorgekommen, die mit dem Grundgedanken der Organisation nicht zusammenpaßten. Es waren meist persönliche Meinungen, die niemals zum Vorteil, sondern zum Nachteil der Organisation führen; und die in Zukunft vermeiden werden müssen. Weiter konstatierte der Vorsitzende, daß auf dem Gebiete des politischen Lebens im vergangenen Jahre wohl ein Fortschritt zu verzeichnen sei, indem eine ganze Anzahl von Kollegen dem politischen Wahlverein beitrug. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, die politische Presse („Märkische Volksstimme“) zu lesen, damit sie ein besseres Verständnis von der Politik bekommen, um lernen zu können, in wie trafenem Gegenlage die Arbeiter dem Kapital gegenüber stehen, denn Gewerkschaft und Politik sind nicht mehr auseinanderzuhalten, welches hauptsächlich die Vorgänge des verflorenen Jahres gezeigt haben, was ja auch der Kollege Böhmberg auf dem Parteitag in Jena gesagt hat, indem er betonte, Gewerkschaft und Politik sind eins; er sprach die Kollegen an, diesen Widerspruch zur Wahrheit in immer weiterem Maßstabe zu bringen. Ferner forderte der Vorsitzende die Kollegen wiederholt auf, sich das sehr lehrreiche Buch „Arbeit und Kultur“ zu bestellen, denn nur Bildung könne eine tatkräftige Organisation zeitigen. Mit der Rahmung, die am 21. Januar stattfindende Vollversammlung recht zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung beschlossen.

**Rühren.** Das verflorenen Jahr brachte hier eine rege Bautätigkeit, wodurch dank der guten Organisation eine Lohnserhöhung von 85 auf 40 1/2 pro Stunde erreicht

wenden konnte. Da vornehmlich in diesem Jahre ebenfalls eine gute Konjunktur zu erwarten steht, wurde beschlossen, eine Lohnaufbesserung von 2 1/2 pro Stunde und die achtstündige Lohnzahlung zu fordern.

**Wagdeburg.** Am 7. Januar hielt die hiesige Die b o r t ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt verlas der Kassierer die vierte Quartalsabrechnung und den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 109, darunter 4 Ehrenmitglieder. Der Jahresbericht ergab folgendes: Einnahme: Eintrittsgelder und Wochenbeiträge M. 2036,75, Beiträge Zufolge M. 122,40, Ertragsbeiträge M. 181,50, sonstige Einnahmen M. 9,50, Restbestand vom vorigen Jahre M. 144,97. Summa M. 2516,62. Ausgabe: An den Zweigvereinskassierer abgeführt M. 1499,04, für Steuerüberführung M. 57,50, den öffentlichen Fonds in Wagdeburg M. 445,90, den Bau in Wagdeburg M. 31,50, die Bauarbeiter-Vereinigung M. 6, Verwaltungsstellen (in Wagdeburg) M. 18,08, den Bergarbeiterstreik M. 40, Geschäftsgang des Vorstandes M. 20,36, Verbreitung des „Grundstein“ M. 100, Sitzungen M. 27, Bibliothek (gebundene „Grundstein“) M. 3, Porto und Schreibmaterial M. 9,05, Befahrung der Gaukonferenz M. 4, Protokolle M. 1, Gratifikation an den Postboten M. 3, Summa M. 2257,43. Bilanz: Einnahme M. 2516,62, Ausgabe M. 2257,43, Restbestand M. 259,09. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Im Punkt „Verständenes“ wurde ein Antrag, an die von den Gewerkschaften zu gründende Volksbibliothek M. 38 zu überweisen, gegen eine Stimme angenommen, dann wurde weiter beschlossen, an die Mitglieder in Rühland M. 47,48 abzugeben. Nach Annahme eines Antrages des Kollegen August Haase, den Jahres- und Generalversammlungsbericht im „Grundstein“ zu veröffentlichen, wurde die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Neudamm.** Sonntag, den 7. Januar, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Nachdem der Vorsitzende den anwesenden Kollegen ein frohes Neujahrsgewünsch hatte und der Lesen unseres Zweigvereins am Jahre 1905 durch Erheben von den Klagen gedacht worden war, wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Hilfskassierer konnten nicht alle ernannt werden, da es die Kollegen aus Grünrade vorgezogen hatten, durch Abwesenheit zu klären; auch die Kollegen aus Rühland konnten sich bei der Wahl ihres Hilfskassierers nicht einigen. Es wurde daher beschlossen, daß die Kollegen bis auf weiteres in Neudamm den Beitrag zahlen. Gewählt wurde weiter eine Lokalkasse. Den Güstebier Kollegen und Genossen wurden M. 20 aus der Lokalkasse zum Bau ihres Vereins- und Versammlungshauses bewilligt. Die streitenden hiesigen Gutarbeiter erhielten M. 30. Eine schnell veranstaltete Zutammung ergab die Summe von M. 5,00, die der Witwe eines verstorbenen Kollegen überwiesen wurde. Hierauf wurde der Zweig der Beitritt an den Reichstag, betreffend den Bauarbeiter-Verein, erklärt und die Anwesenden aufgefordert, ihre Namen in die ausliegenden Listen einzutragen. Unter „Verständenes“ wurde Klage geführt, daß von unseren in Rühland arbeitenden Kollegen sehr oft einige mit ihren Beiträgen sehr im Rückstande sind. Es wurde beschlossen, uns mit dem Kassierer Zweigverein in Verbindung zu setzen, damit auf eine schärfere Widerkontrolle auf den Bauten in Rühland hingewirkt werde. Nachdem noch eine Reihe innerer Angelegenheiten unseres Zweigvereins erledigt waren, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Gode auf die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen.

**Neustadt a. d. Saardt.** Der hiesige Zweigverein hielt am 1. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die zur Tagesordnung geschritten wurde, referierte Kollege W o z aus Speyer über: „Unfall- und Invalidenversicherung“. Seine Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich noch einige Kollegen im Sinne des Referenten aus. Sodann ergriffte der Vorsitzende, Kollege Sauter, Bericht über das abgelaufene Jahr. Unsere Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 102, gegen 82 im Vorjahre. Dann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege R. Scherer und als erster Kassierer Kollege F. Frankmann. Nachdem im Punkte „Verständenes“ noch einige Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Nürnberg.** Freitag, den 12. Januar, hielt die Sektion der N u n t e r p u c h e r ihre Hauptversammlung ab, die sehr schlecht besucht war. Der Vorsitzende konstatierte, daß der Versammlungsbesuch im verflorenen Jahre durchgehend sehr schlecht war. Die Kollegen möchten darauf bedacht sein, daß es damit besser werde. Auch die Kollegialität lasse in gewissen Beziehungen viel zu wünschen übrig, denn das zeigten die Sperren und die allgemeine Ausperrung. So z. B.: ein Kollege stellte während dieser Zeit die Arbeit fertig; er hatte keinen Anspruch auf Unterstützung, weil er nicht ausgesperrt wurde. Er ging aber trotzdem nach dem Bureau, meldete sich zum Streit an und erklärte, wenn ich keine Unterstützung bekomme, mache ich einen Streikbrecher, was er auch wirklich getan hat. Sperren wurden im ganzen drei verhängt, die zum größten Teil zu Gunsten der Kollegen ausgefallen sind. Am 10. August kam die allgemeine Ausperrung, die bis zum 26. September andauerte, und auch teilweise zu Gunsten der Kollegen ausfiel. Aufgenommen wurden 13 Kollegen, dagegen wurden 6 ausgeschieden. Ausgetreten sind 2 Kollegen, und 1 Kollege wurde noch wegen Vertragsschulden ausgeschieden, 1 Kollege farb. Die anwesenden Kollegen ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Klagen. Es wurden 13 ordentliche, 4 außerordentliche und 2 allgemeine Versammlungen abgehalten. Es kam dann zur Neuwahl des Vorsitzenden und Schriftführers; beide Kollegen wurden wiedergewählt. Es wurde festgestellt, daß die Versammlungen vom 16. Januar ab alle 14 Tage am Dienstag stattfinden. Die erste Versammlung ist am 30. Januar im Café Merz. Es wurde beschlossen, daß jeder Kollege einen Godeanteil bekommt, auf dem zu ersehen ist, wann die Versammlungen stattfinden. Wenn sich außer den festgelegten Versammlungen noch weitere notwendig machen sollten, werden sie selbstverständlich extra bekannt gegeben.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, mehr als bisher für den Vertrauensmannschaft zu agitieren, um bessere Resultate erzielen zu können.

**Schluß.** Der hiesige Zweigverein hielt am 7. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zunächst gab der Kollege Schmitt den Kasfenbericht vom vierten Quartal. Der Bericht wurde genehmigt und dem Kassierer Dehage erteilt. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kollege Wilhelm Hartwig und zum ersten Kassierer Kollege Friedr. Rehnert gewählt. Hierauf nahm unser neuer Vorsitzende das Wort und wünschte, daß in diesem Jahre die Versammlungen besser besucht werden möchten, denn durch Zusammenhalten und Einigkeit könnten wir nur weiterkommen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Planen bei Berlin.** Die hiesige Zahlstelle der Zentralantenliste der Maurer, Stufatoure usw. „Grundstein zur Einigkeit“ hielt am 14. Januar ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand zunächst: Rechnungsabluß für das Jahr 1903. Der Kassierer F. Falz verlas den Abschluß, der folgendes Ergebnis hatte: Die Gesamteinnahme betrug  $\text{M} 6045,65$ , die Gesamtausgabe  $\text{M} 6143,09$ ; es verblieb also ein Kasfenbestand am Schluß des Jahres 1905 von  $\text{M} 602,56$ . Mitglieder waren am Schluß des Jahres 1905 199 vorhanden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt; dasselbe geschah auch für die Abrechnung vom vierten Quartal. Hierauf fand die Ergänzungswahl der ständigen Verwaltung statt. Zu wählen waren der erste Kassierer und der zweite Bevollmächtigte. Gewählt wurde als erster Kassierer Fritz Falz, der jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat im Vereinstafel bei Glemen, Wollanstraße Nr. 122, Donnerstags von 10 bis 12 Uhr, anwesend ist, um die Beiträge entgegenzunehmen.

**Planen i. V.** Hier fand Mittwoch, den 10. Januar, eine Gemeinlichkeitsversammlung statt. Wie groß die Interesselosigkeit der hiesigen Kollegen ist, zeigte der schwache Besuch dieser Versammlung. Galt es doch in dieser Versammlung, die Kollegen zu wählen, die für dieses Jahr die Geschäfte der Maurerbewegung in Planen in Händen haben. Wenn die Kollegen so in ihrem alten Schlaraffenland beharren, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn es ihnen schlecht geht. Den Jahresbericht gab der Kollege Schmitt, wobei er ausführte, daß das verfloßene Jahr ein sehr bewegtes war, indem die hiesigen Kollegen den Kampf mit den Unternehmern wieder annahmen, der aber leider zu Ungunsten der Kollegen ausfiel. Kollege Schmitt übte scharfe Kritik an dem Verhalten der Polizeiorgane beim Verhören des Streik. Die kritisierte die Kritik war, gegen die Gefängnis- und Haftstrafen, die während und nach dem Streik verhängt wurden. Insgesamt waren es 13 Monate, 7 Wochen und 4 Tage. Anschließend an den Jahresbericht gab Kollege Schmitt den Bericht der Bauarbeiterkommission. Hieraus war zu ersehen, welche arbeitsreiche Tätigkeit die genannte Kommission hinter sich hatte. Den Bericht der Revision gab Kollege Fülle, der die Kasfenverhältnisse in besserer Ordnung gefunden hatte. Daraufhin wurde dem Kollegen Schmitt einstimmig Dehage erteilt. Zum Vertrauensmann für 1906 wurde einstimmig Kollege Schmitt gewählt resp. in Voranschlag gebracht. Im dritten Punkt beschäftigten sich die Kollegen mit der Wahl der Delegierten zu dem am 18. Februar stattfindenden Gaus. Ein Antrag fand einstimmig Annahme, den Gaus zu ersuchen, der Zahlstelle Planen einen richtigen Lohnsatz zu geben. Delegiert wurden die Kollegen Schmitt und Wendt. Mit einem fröhlichen Schlusswort des Kollegen Schmitt, worin er die Kollegen aufzuforderte, auch in diesem Jahre treu zur Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Reichenbach i. B.** Am 5. Januar fand hier in der „Tonhalle“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, die trotz guter Bekannmachung wieder nur sehr mäßig besucht war. Die Laube der Kollegen wurde von mehreren Rednern gerügt. Zunächst erstattete der Vertrauensmann Bericht vom vierten Quartal. Durch einen Schreibfehler in der Abrechnung vom ersten Quartal 1903 war eine Differenz von  $\text{M} 10$  entstanden, worüber die Mitglieder Auskunft verlangten. Nachdem die früheren Revisionen der Versammlung über den Fehler aufgefakert hatten, wurde dem Vertrauensmann ein  $\text{M} 10$  für das vierte Quartal Dehage erteilt. Es wurden sodann gewählt: Franz Kracht als Kassierer und Robert Dörfl als Vertrauensmann. Nunmehr erstatteten die Kartelldelegierten ihren Bericht. Kollege Ludwig erstattete sodann einen längeren Bericht über die Bibliothek und deren Kasse. Er betonte sich am Schluß darüber, daß die jüngeren Kollegen die Bibliothek nicht genügend benutzten. Hierauf wurde über den Bauarbeiterstreik gesprochen. Kollege Wohmann legte in längeren Worten dar, welchen Wert die Bautenkontrolle für uns Maurer habe. Ein Antrag, daß die „Grundstein“-Verbreiter die Fragebogen an die Mitglieder zu verteilen haben, wurde angenommen. Eine lebhafte Debatte entspann sich noch über die Versammlungsbekannmachung. Ein Antrag, sämtliche Druckfaden in der „Druckerei des „Sächsischen Volksblatt“ herzustellen zu lassen, kam wegen vorzeitigen Schlußes der Versammlung nicht zur Abstimmung.

**Mies.** Am 7. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Der Vertrauensmann gab die Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Kollege Bann, der mit Kollegen Schmitt die Abrechnung geprüft hatte, erklärte, alles in Ordnung gefunden zu haben; dem Vertrauensmann wurde Dehage erteilt. Kollege Widmer stellte den Antrag, den Jahresbericht bruden zu lassen und ihn den Mitgliedern unentgeltlich zuzustellen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Debatte über diesen Punkt wurde der Wunsch geäußert, in diesem Jahre einen Lohnzuschlag zu erheben, damit die Arbeiterklasse auf einen etwas günstigeren Stand gebracht wird. Mehrere Vorschläge hierüber soll jedoch erst in der nächsten Mitgliederversammlung gelöst werden. Bei der Neuwahl der Verwaltung erklärte der bisherige Vertrauensmann, Kollege Wende, im Falle einer Wiederwahl diesem Amte aus gesundheitslichen Rücksichten nicht mehr vorstehen zu können; er bitte, seine Person überhaupt nicht wieder mit zum Vorschlag zu bringen. Bei der per Stimmzettel vorgenommenen Wahl wurde Kollege Wende in Nichts als Vertrauensmann gewählt. Kollege Berger stellt den Antrag, den im Juni d. J. gefassten Beschluß jedes Mitglied muß am Schluß dieses Jahres mindestens drei Versammlungstempel im Buche haben, für

jeden fehlenden Stempel  $\text{flb} 25 \text{ \textcent}$  Strafe zu zahlen) infolge der Schwierigkeiten, die sich beim Einfassieren bemerkbar machen, wieder aufgehoben. Dieser Antrag wurde mit 80 gegen 12 Stimmen angenommen. Zum Schluß der Versammlung bittet Kollege Wende die Anwesenden, den zukünftigen Vertrauensmann in jeder Hinsicht tatkräftig zu unterstützen.

**Schluß.** Am 7. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Leider waren aber nur 13 Mitglieder anwesend. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde verlesen und von der Versammlung genehmigt. Alsdann wurde des verstorbenen Kollegen Sachs gedacht, und das Bedauern ausgedrückt, daß er als eifriges Mitglied nicht länger in unserem Verein wirken konnte. Die Willkür an den Reichstag, betreffend den Bauarbeiterstreik, wurde von sämtlichen Kollegen interessiert; auch haben sich die anderen Gewerkschaften zahlreich daran beteiligt. Danach wurde ein Vorschlag gefaßt, daß alle Sämtliche Vorstandsmitglieder und Revisionen wurden einstimmig auf ein Jahr wiedergewählt. Über das Versammlungslokal der Gewerkschaften wurde uns mitgeteilt, daß sich sämtliche Gewerkschaften vereinigt haben, um das Lokal des Herrn Rauf, in dem verschiedene Veränderungen vorgenommen werden sollen, gemeinschaftlich zu benutzen. Ferner wurde von Seiten verstorbenen Kollegen die Verbesserung der Baubuden und Aborte in Anregung gebracht. Die nächste Versammlung soll stattfinden: Sonntag, den 11. Februar, Nachmittags 12 Uhr, bei Herrn Rauf, Gartengasse 28.

**Aus dem Gau Stettin.** Es ist erreicht für die Unternehmern des Baugewerbes in Vorpommern. Am 6. Januar 1906 ist ein Schluß- und Trugbündnis zwischen ihnen abgeschlossen worden. Nun kann nichts mehr fehlen. Der Titel „Bezirks-Arbeitsgeberverband für Vorpommern und Rügen, mit Einschluß der Kreise Anklam-Dehmin“, ist etwas lang geraten. Als Vorort ist Greifswald bestimmt. Hier ist im Jahre 1905 eine Gedanktat an den gewaltigen W. Feilich zur Erinnerung an dessen Jugendjahre angebracht. Es mußte nun auch die genügende Zahl Getreuer um diese geschart werden. In der „Greifswalder Zeitung“ steht ein Bericht über eine Versammlung des Verbandes Greifswald-Grümmen. Zunächst wird festgestellt, daß schon  $\text{M} 500 000$  Lohnsumme sich vereinigt haben, dann wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe große Summen verschlungen hätten. Auch der Parteitag von Jena muß herhalten. Und natürlich wird auch mit dem Generalstreik herumgeputzt. Zum Schluß wird das bauende Publikum ermahnt, bei Aufträgen, Arbeitseinstellungen und Sperren größtmöglichst Mitglieder des Verbandes berücksichtigen zu wollen. Dabei soll Ruhe und Frieden im Gewerbe die Devise des Verbandes sein. Bisher haben wir um Bettelpennige harte Kämpfe mit den Unternehmern führen müssen. Soll keine Kirchhofstraße eintreten, dann werden die Kollegen der Kreise Anklam, Bergen a. N., Dehmin, Greifswald-Grümmen und Stralsund noch besser als bisher ihre Pflicht erfüllen müssen. Soll dann ein eifriges Pattieren mit Gleichberechtigten eintreten, so soll es an uns nicht liegen.

Dem in hat zuerst einen Vorschlag gemacht von der neuen Organisation bekommen. Am 20. Dezember 1905 fanden Verhandlungen zwischen den Unternehmern und unseren Kollegen und den Zimmerern statt. Auch der Gauvorsitzende nahm daran teil. Die Unternehmern boten elf Stunden und 34  $\text{ \textcent}$ , Gefordert waren von uns zehn Stunden und 38  $\text{ \textcent}$ . Als Gegenanschlag wurden dann von uns zehn einhalb Stunden und 36  $\text{ \textcent}$  für 1906 und später zehn Stunden und 38  $\text{ \textcent}$  gemacht. Schließlich wurden beide Fragen offen gelassen. Jeder Teilnehmer ging mit dem Gefühl weg, daß die Unternehmung nur die formelle Zustimmung ihrer Generalversammlung herbeiführen wollten und daß eine Verletzung der Arbeitszeit gesichert sei. Auch wegen der Poliere hatte die Aussprache kein Ergebnis.

Am 9. Januar war die zweite Verhandlung. Die Unternehmern boten elf Stunden und 35  $\text{ \textcent}$  für zweiwöchiger Vertragsdauer und verlangten auch die Anerkennung des Satzes: „Poliere dürfen dem Verbands nicht angehören“. Es mußte kein Zweifel auf den Fortschritt, kein Vernunftgrund. Das ganze machte den Eindruck, daß die Unternehmern nur gekommen waren, um zu diffidieren. Für dies Einsengerecht war natürlich keine Stimmung bei den Kollegen vorhanden.

Die Triebseer Maurer hatten keine Forderung eingereicht. Für 1906 besteht mit dem Unternehmer lange ein Vertrag auf zehneinhalb Stunden und 22  $\text{ \textcent}$  Lohn bis zum 31. März 1907. Der Unternehmer Heuer sollte nun wenigstens dasselbe bewilligen die Länge. Welche Herren haben ihren Streit begraben und sich dem Verband Greifswald-Grümmen angeschlossen. Am 17. Dezember 1905 fanden die Verhandlungen statt. Für 1906 wurden bei zehneinhalb Stunden 22  $\text{ \textcent}$  geboten. Für 1907 und 1908 bis zum 31. März 1909 dieselbe Arbeitszeit und 34  $\text{ \textcent}$ . Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, G. Herrken in Greifswald, teilte dem Gauvorsitzenden mit, daß er von der schnellen und einschickseligen Erledigung sehr befriedigt sei. Der Herr war anscheinend der Ansicht, daß, wenn Vorschläge gemacht sind, die Versammlung nur Ja zu sagen habe. Dabei sollte im Landbezirk nur eine Stunde Mittag sein und der Triebseer Lohn für alle Bezirke gelten, wo Triebseer Meister arbeiten ausführen, gleichviel, was für Bedingungen sonst dort üblich sind. Mit der dreiwöchigen Vertragsdauer, der einstufigen Mittagspause und der samstagen Bestimmung für fremde Bezirke waren unsere Kollegen selbstverständlich nicht einverstanden. Zum 7. Januar verlangten die Unternehmern endgiltigen Beschluß. Am selben Tage erklärte eine Versammlung unserer Kollegen, für 1906 an dem mit Lange abgeschlossenen Tarif festzuhalten, auf eine dreiwöchige Vertragsdauer nur dann einzugehen, wenn die Arbeitszeit auf zehn Stunden verfürzt wird und eine dementsprechende Lohnverhöhung eintritt. Nun will Herrken nochmals eine Verhandlung abmahnen; ob mehr dabei herauskommt, ist fraglich.

In G ü l t o w forderten die Kollegen nur elf Stunden und 38  $\text{ \textcent}$  bei Arbeiten am Orte, bei Arbeiten über Land 35  $\text{ \textcent}$ . Dies wurde anstandslos bewilligt. Es ist sehr zu bedauern, daß ohne vorherige Verständigung mit dem Gauverband zu Verhandlungen geschritten wurde. Dieser Mißverstand gibt bis zum 31. März 1907.

Den Unternehmern in W i s t d o r f ist am 11. Dezember 1905 eine Forderung auf 45  $\text{ \textcent}$  pro Stunde zugestellt. Drei

Unternehmern scheint der Atem weggeblieben zu sein, einer weiß es kaum zu fassen. Er schreibt:

die Lohnkommission der Maurer von Wistdoh und Umg. a. H. des Herrn

Wistdoh, den 19. Dezember 1905. Ihr Schreiben vom 11. d. M. erhielt ich und ersuche aus demselben, daß Ihre Wünsche nur aus Verpflichtungen, welche dem Arbeitgeber auferlegt werden sollen, bestehen, nicht aber auch die Verpflichtungen der Arbeitnehmer enthält, so daß der Arbeitgeber ein Spielball der Arbeitnehmer wird; wie dies begünstigt werden soll, darüber bin ich wirklich neugierig und werde, sobald es meine Zeit erlaubt, Zeit und Stunde angeben, zu welcher ich die Begründung von Ihnen hören kann.

Aug. Schreckschäpe, Maurermeister. Gern wäre die Forderung während des Weihnachtstages begründet worden, damit auch dem Menschen ein Wohlgefühl werde, doch er wollte nicht.

Stettin hat die neunzehnstündige Arbeitszeit sowie einen Stundenlohn von 55  $\text{ \textcent}$  vom 30. Juni 1906 bis zum 31. Dezember 1907 bewilligt erhalten. Nur ist die zweiwöchige Vertragsdauer. Nach dem am 18. November stattgefundenen Verhandlungen wurden am 22. November 1905 für 1907 57  $\text{ \textcent}$  gefordert. Ebenso sollte die Verkürzung der Arbeitszeit Morgens eintreten. Maurer und Zimmerer waren geteilter Meinung, und so blieb es bei der anderthalbstündigen Mittagspause. Die Unternehmern wollten ferner den Unterschied für Junggelehrten im ersten Jahr nach der Lehrzeit auf 8  $\text{ \textcent}$  pro Stunde gesetzt wissen und in der kürzeren Arbeitszeit bei genügender Beschäftigung bis zu neun Stunden arbeiten lassen. Wegen der schlechten Aussichten haben wir die Forderung auf 57  $\text{ \textcent}$  fallen lassen; über die letzten beiden Punkte konnte eine Verständigung herbeigeführt werden. Am 22. Dezember ist der neue Tarif angenommen worden; bis zum 30. Juni 1906 gilt noch der alte Tarif. Damit ist im Baugewerbe auch offiziell der Ober mit dem Gehnntendtag gebrochen. Die allgemeine Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Landbezirk wird noch manchen harten Kampf erfordern.

Die Sperre über W. Küster in G o l l n o w bleibt bestehen, da die „Sturmtruppe“ ein Zusammenarbeiten unmöglich macht. Die Kollegen sind alle anderweit in Arbeit getreten.

**Triebes.** Am 7. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt, die leider nur mäßig besucht war. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht des Vereins und der Kassierer den Geschäft- und Kasfenbericht mit Abrechnung vom vierten Quartal. Dem Kassierer wurde Dehage erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Bruno Wiedewild als erster Vorsitzender, Emil Heing als Kassierer. Als Vertrauensmann für G o l l n o w e n d o r f wurde Franz Hebold gewählt. Es wurde beschlossen, die nächste Versammlung am 4. Februar in G a n g e n w e n d o r f abzuhalten, da wir dort noch ein Feld zu bearbeiten haben, um die noch fernstehenden Kollegen zu unserem Verband heranzuziehen. In unsere Organisation auch noch jung, so können wir doch mit dem zufrieden sein, was wir im ersten Jahr erungen haben. Am 11. April nahmen wir zum ersten Male den Kampf auf und trugen auch den Sieg davon. Die zweite Mobilmachung erfolgte am 6. November wegen Lohnrückfall, die einigen Kollegen widerfahren war. Der Abwehrstreik endete innerhalb fünf Stunden zu Gunsten der Kollegen. Zu wünschen ist noch, daß die Kollegen die Versammlungen zahlreicher besuchen. Es muß sich jeder Kollege zur Pflicht machen, keine Versammlung zu verpassen, denn nur durch eifrigste Zusammenarbeiten können wir zu dem Ziele gelangen, das wir uns gesetzt haben.

**Wandsbau.** Am 6. Januar hielt unser Zweigverein im Restaurant des Herrn Dabbe die erste diesjährige Mitgliederversammlung ab, die sich hauptsächlich mit der Neuwahl des Vorstandes und Einführung der Kopporlage beschäftigte. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Wladimir und zum Kassierer Herr Garte gewählt. Auch für die Einführung der Kopporlage stimmten die Kollegen einstimmig zu und beschlossen, daß vom 1. Januar d. J. ab die diesjährige Marke gefaßt wird, damit jeder Kollege sein Geworben erhält und gleichzeitig die Einfassierung der Beiträge besorgt wird. Kollege Gonnol wurde mit den Arbeiten des Kopporateurs und mit der Gausfertigung betraut. Ferner wurde beschlossen, in diesem Monat in Wandsbau und Umgebung eine umfassende Agitation vorzunehmen. Drei Kollegen sollen bei allen Maurern vorstellig werden, um sie für die Organisation zu gewinnen. Auch sollte der Gauvorsitzende als Referent zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen werden, wozu die Zimmerer ebenfalls eingeladen werden sollen, um einen einheitlichen Lohnsatz festzusetzen. Nachdem noch die Kollegen ermahnt worden waren, im nächsten Jahre ihre Pflicht zu erfüllen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wiesbaden.** Am 7. Januar tagte im Lokale „Zur Burg Scharsenstein“ die Jahresversammlung der Zahlstelle K i e d r i c h. Der Kassierer verlas die Jahresabrechnung, woraus zu ersehen war, daß sich die Organisationsverhältnisse der Zahlstelle gebessert haben. Dem Verbands beigetreten sind 19 Kollegen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 99 beträgt und nur noch 15 Kollegen dem Verbands formlos. Von diesen 15 haben sich jedoch schon einige bereit erklärt, im Frühjahr dem Verbands beizutreten. Der Gesamtmarkenjahrs betrug 2418 und die Gesamteinnahme  $\text{M} 1393,70$ . Davon wurden mit dem Zweigverein verrechnet  $\text{M} 1247,88$ , so daß für die Zahlstelle eine Einnahme von  $\text{M} 150,82$  verblieb, der eine Ausgabe von  $\text{M} 120,41$  gegenüberstand, so daß ein Kasfenbestand von  $\text{M} 30,41$  für die Zahlstelle verblieb. Die Neuwahl der Zahlstellenverwaltung ergab als Vorsitzenden den Kollegen Julius Gärtner und als Kassierer Kollegen Johann Schind. Da in E t t b i l l e und Umgebung der Lohn im Jahre 1905 auf 42  $\text{ \textcent}$  pro Stunde gesunken ist, wurde beschlossen, dem 1. März ab 45  $\text{ \textcent}$  pro Woche Beitrag zu zahlen (inkl. 5  $\text{ \textcent}$  Kopporlagelohn). Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Mitglieder der Umgebung, J. B. in E t t b i l l e, M u d o r f und M a u e n t a l, diesen Beispiel folgen möchten. Weiter wurde beschlossen, in den drei Wintermonaten pro Monat 10  $\text{ \textcent}$  für die Kopporlage zu erheben. Nach einer fröhlichen Ansprache des Vorsitzenden, Kollegen Gärtner, worin er die Kollegen ermahnte, recht fest an dem Verbande

zu halten und dafür zu agitieren, und auch immer recht gehässig die Versammlungen zu besuchen, wurde die Versammlung gelöst.

**Wittenburg.** Am 7. Januar hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach dem die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen und dem Kassierer vorgelesen worden war, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Ueber die Lohnfrage fand eine lebhaft diskutierte Sitzung statt. Sämtliche Kollegen waren sich darin einig, daß unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend einer Verbesserung bedürfen. Am meisten wurde über die lange Arbeitszeit geklagt. Obgleich hier Stundenlöhne gezahlt werden, besteht doch keine geregelte Arbeitszeit. Im Frühjahr und im Herbst bestimmen die Unternehmer die Länge der Arbeitszeit. Diesem Uebelstand abzuhelfen, soll und muß die erste Aufgabe unseres Zweigvereins sein. Da bis jetzt noch keine Aussicht auf ein gutes Einverständnis vorhanden, so wurde beschlossen, vorläufig von einer Lohnbewegung abzusehen und eine feste Baukonjunktur abzuwarten. Daraus wurde die Versammlung vom Vorstand ermahnt, diese heftigsten kurze Wartezeit träftig auszunutzen, um endlich die sechs bisher noch nicht organisierten Maurer Wittenburgs dahin aufzufahren, daß nur eine fest zusammenhaltende Organisation im Stande ist, unsere schlechte Lage zu verbessern. Hieran wurde die Beteiligung des Zweigvereins an dem medienbureauischen Arbeitersekretariat beschlossen, der Monatsbeitrag von 5 z pro Mitglied soll aus der Kassaflasse gedeckt werden. Der Antrag, in den Sommermonaten eine Extrabearbeitung zur Kassaflasse zu erhalten, wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Wolfsgr.** In der am 7. d. M. abgehaltenen Versammlung wurde zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der Vorsitzende und der Kassierer wiedergewählt. Bei der Beratung über unsere Lohnforderung wurde von dem Kollegen Dreife der Antrag gestellt, alle 14 Tage eine Versammlung und Sonntag, den 21. d. M., eine öffentliche Versammlung abzuhalten und hierzu die Kollegen, die nicht im Verband sind, einzuladen. Der Antrag wurde angenommen.

**Witzburg.** In Nr. 53 der „Baugewerkschaft“ wird aus Kitzingen folgendes berichtet:

**Afford ist Nord!** (Maurereinsatz.) Am Freitag, den 15. Dezember, unmittelbar nach Beginn der Arbeit, stürzte an einem im Bau begriffenen zweigeschossigen Lagerhaus eine Mauer aus Kalksteinen, von ungefahr 15 m Länge und 2 1/2 m hoch, in sich zusammen. Die Mauermaffen fielen auf das Dach ziemlich stark. Die daran beschäftigten Maurer kamen mit dem Schrecken davon. Genanntes Gebäude, 52 m lang, hatten zur Hälfte Unteroffizianten aus Witzburg, „frei“ organisierte Maurer ihres Zeichens, zur Ausführung übernommen, während dem der andere Teil von einheimischen Maurern im Zogelohn ausgeführt wurde. Gelegentlich des jüngst erfolgten Streiks bot der ausführende Unternehmer der Lohnkommission, soweit sie bei ihm beschäftigt war, mehrmals an, auch den übrigen Teil des Gebäudes in Afford auszuführen, „dann werden sie entlassen mehr, als sie fordern!“ Dieses Anerbieten lehnte sie aber entschieden ab. Nachdem der Unternehmer sah, daß trotz der mancherlei Versprechungen und sogenannten Vorteile, die er der Lohnkommission anbot, sein Ziel zu erreichen sei, griff derselbe zu einem anderen Mittel. Er führte an, daß fünf Mann von den sogenannten „Mauereisen“, die nebenbei bemerkt, in der ersten Woche während des Streiks, trotzdem sie sich vor Beginn desselben solidarisch erklärten, fortwursten und erst durch mehrfachen eindringliches Ersuchen unsererseits und mit Hilfe ihres Vorgesetzten in Witzburg die Arbeit niederlegten, die gleiche Arbeit herstellen, wie zehn Mann von den Einheimischen, ohne jedoch nur einen einigermaßen sichhaltigen Grund dafür zu erbringen. Nun allzu früh rühte sich aber diese Verunglimpfung redlich denkender Kollegen. Der oben angeführte Einsatz vollzog sich in dem in Afford ausgeführten Teil und endete mit demjenigen Stein, wo die Mauer anfing, die im Zogelohn ausgeführt wurde. Nicht nur, daß durch die unsoziale Ausführung noch weitere Aufschörungen zu befürchten sind und Menschenleben gefährdet werden, sondern diese angeleglich, „echt“ ausgeführte und vortheilhafte Arbeit kommt jetzt entschieden höher zu stehen, als die nebenstehende, von gewöhnlichen Menschenhänden ausgeführte. Hier hat sich das alte Sprichwort: „Afford ist Nord!“ wieder einmal in seiner wahren Gestalt gezeigt.

Soweit der uns wohlbekannte Berichterstatter der „Baugewerkschaft“, der es in seiner Unparteilichkeit nicht verschmäht, die ihm vorliegenden Zentralverbände mit Not und Einstömben zu bemerken. Der Einsatz des Gebäudes ist weniger auf die Affordarbeit zurückzuführen, als darauf, daß bei starkem Frostwetter gearbeitet werden mußte und sehr schlechtes Material verwendet wurde; müßten doch die Zogelöhner die Sanftmüthen in Schürzen auf das Gerüst tragen. Und diese Broden müßten unter Aufsicht der Bauleitung verarbeitet werden, obgleich die Arbeiter wiederholt besseres Material (Winder) forderten. Wenn also irgend jemand eine Schuld an dem Einsatz beizumessen ist, so der Bauleitung und der Polizeibehörde. Der Bauleitung, weil sie nicht für besseres Material sorgte und der Polizei, weil sie das Wauern bei so starkem Frostwetter dulde. Also, verehrter Herr Berichterstatter der „Baugewerkschaft“, dieser Ausfall auf die Zentralverbände war ein Selbstth. Aber auch die weiteren Behauptungen des Mitarbeiterberichterstatters, betreffend das Verhalten der Witzburger Zentralverbandsmitglieder bei dem Kitzinger Streik, sind Aufgebilde und entbehren jeder Unterlage. Die Witanthen des Witzburger Zentralverbandsmitglieder der Witzburger Zentralverbandsmitglieder hatten in Kitzingen Streikverbot erteilt oder sich nur schwer und erst mit Hilfe ihres Vorgesetzten zur Arbeitsniederlegung bewegen lassen, werden am besten zerhört, wenn wir die Tatsachen reden lassen. Die Witzburger Zweigvereinsleitung des Zentralverbandes hat sofort, als sie von dem Streik in Kitzingen auf Umwegen Kenntnis erhielt — die Mitarbeiter in Kitzingen hatten es natürlich nicht für nötig gehalten, die Zweigvereinsleitung in Witzburg von dem Streik zu benachrichtigen —, im „Witzburger Generalanzeiger“ Nr. 255 vom 9. November v. J. und in dem Witzburger Parteiblatt Nr. 264 vom 10. November v. J. vor Zugang nach Kitzinger gewarnt. Nachstehender

Brief mag noch Zeugnis davon ablegen, wie sehr die Mitarbeiter die Tatsachen auf den Kopf stellen. Dieser Brief lautet: An die Adresse des christlichen Maurerverbandes in Kitzingen, Sozial am St. Joseph. Abhender Leonhard Rosentritt, Witzburgerstraße Nr. 6, Witzburg.

Witzburg, den 11. November 1905.

**Witzer Berufscolleg**  
Durch Zufall habe ich erfahren, daß in Kitzingen die Kollegen des christlichen Maurerverbandes in den Streik getreten sind. Ich muß deshalb lebhaft bedauern, daß man uns keine Nachricht hat zukommen lassen, um den Zugang nach dort fernzuhalten. Meine Pflicht und das solidarische Gefühl waren es, ohne von Euch Nachricht erhalten zu haben, dieses sofort in der Presse auf unsere Kosten bekannt zu geben, damit unsere Kollegen Arbeitsangebote nach dort abweisen. Ich werde Dir den „Witzburger Generalanzeiger“ und die sozialdemokratische „Volkstribüne“ unter Kreuzband überreichen.

Ferner gab ich unserem Verbandskassierer Diemand den Auftrag, nach dort zu fahren, um in Erfahrung zu bringen, wie die Sache steht, indem angeblich auch von Witzburg Kollegen dort arbeiten sollen. Kollege Diemand machte mir aber die unangenehme Mitteilung, daß man ihm seitens der dortigen Kollegen Kitzingen verweigert wurde. Das läßt tief blicken. Wir verfolgen doch, um unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, gleiche Interessen, sei es sozial oder christlich und wir haben deshalb auch die Kosten für die Zeitungsannoncen und Fahrt nach dort nicht gescheut. Ich werde ferner, um Euch zum Siege zu verhelfen, alles aufbieten, wobei in meinen Kräften als Vorsitzender des Zweigvereins Witzburg, des Zentralverbandes der Maurer Witzburgs, steht, damit der Zugang nach dort abgehalten wird.

Ich bitte Dich deshalb, mir Deine Adresse und Nachricht zukommen zu lassen, ob Maurer von Witzburg dort beschäftigt sind oder etwa Arbeit suchen, damit ich hier das Weitere veranlassen kann.

Mit kollegialen Gruß  
gez. Leonhard Rosentritt, Vorsitzender  
des Zweigvereins Witzburg.  
(Stempel.)

Dies der Brief. Eine Antwort darauf ist bis heute noch nicht eingelaufen. Erst am 15. November v. J. sah ich der Streikleiter Brüdner mit noch einem Kitzinger Kollegen veranlaßt, nach hier zu fahren, um mit mir Rücksprache zu nehmen. Am 16. November fuhr ich dann nach Kitzingen, und der Streik wurde mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung beigelegt. Auf Grund vorstehender Ausführungen fallen alle von dem Vorgesetzten „Baugewerkschaft“ angeführten Verunglimpungen auf ihn selbst zurück. Die „freiorganisierten“ Maurer von Witzburg und mein Verhalten bei dem wüsten Streik in Kitzingen waren das Gegenstück zu den christlichen Holzarbeitern in Götting. Uebrigens fällt es mir nicht ein, auf das persönliche Niveau der Christlichen herabzugesinken. Da man es seitens der christlichen Streikleitung nicht der Mühe wert erachtete, die Witzburger Zweigvereinsleitung, als aus-schlaggebenden Faktor, zu verhandigen, so behandeln mich für unsere Kollegen nicht die geringste Veranlassung, die Arbeit eigenmächtig niederzulegen. Nach unserem Statut ist die Zweigvereinsleitung verpflichtet, vor dem Eintritt in einen Streik der Gauleitung und dem Hauptvorstand hierüber Mitteilung zu machen und die Genehmigung dazu einzuholen. Wie der Streikleiter Brüdner mir persönlich sagte, haben die Christen in Kitzingen den Streik aber ohne die Genehmigung ihrer Vorstandschaft geführt. Es war also ein wilder Streik. Ferner müßte ich noch richtig gestellt haben, daß unsere Kollegen schon längst vor dem Streik die betreffenden Arbeiten im Unteroffizianten übernommen hatten.

**Leonhard Rosentritt**  
**Bückrid.** Sonntag, den 28. Dezember 1905, fand eine Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins im Saale des Herrn Regelin statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Schreibweise des „Grundstein“ über den Generalstreik. 2. Neuwahl der Vorstandmitglieder. 3. Verschickenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Hermann Fischer. Er schilderte eingehend die Entwicklung der Organisation, sowohl bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern, und wies nach, daß die Organisation der Unternehmer bedeutend machtvoller ist, als bei den Arbeitern, indem jene alle einer Organisation angehören, was bei den Arbeitern leider nicht der Fall ist. Auf Grund dieser starken Organisation haben nun die Unternehmer eine neue Kampftaktik eingeschlagen, bei der wir in allen Fällen unterliegen. Aber auch auf politischem Gebiet haben sich die Klassenverhältnisse immer mehr zugespitzt, deshalb haben sich die Partei sowohl wie die Gewerkschaften nach neuen Kampfmitteln umgesehen, und als solches ist nun der General- oder Massenstreik erzwungen worden. Trotzdem sich der Kölner Gewerkschaftsverband gegen den Generalstreik ausgesprochen hat, konnte der Parteitag nicht umhin, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Hier ist diese Frage nochmals einer gründlichen Diskussion unterzogen worden. Gelegentlich dieser Diskussion und eines Vortrages in Leipzig erklärte Kollege Wömelburg, daß sein Kölner Meserger falsch ausgelegt worden sei, denn er habe ausdrücklich gesagt, daß sich gegen die Diskussion nichts einwenden ließe. Trotz der angenommenen Resolution Wöbels und den Ausführungen Wömelburgs brachte nun der „Grundstein“ eine Artikelserie, wo es zum Schluß heißt: „Wir lehnen eine Diskussion sowohl wie eine Propagierung des politischen Streiks nach wie vor mit aller Entschiedenheit ab.“ Und weiter: „Wir werden immer nachdrücklich dafür eintreten, daß die Gewerkschaften tonangebend sind in Fragen, die ihre Fortentwicklung betreffen, wovon unter Umständen ihr Sein oder Nichtsein abhängt.“ Weiter bemerzte, daß wir mit einer solchen Schreibweise unseres Programms nicht einverstanden sein können, denn es hört sich gerade an, als wäre dies die Meinung sämtlicher Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer. Auch der Ton, den der „Grundstein“ anspricht in der Auseinandersetzung mit dem „Vorwärts“, spricht von einer solchen Geschäftigkeit, daß man erst genau nachsehen muß, ob man den „Grundstein“ oder die „Einigkeit“ in Händen hat. Zum Schluß empfahl er folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Schreibweise des „Grundstein“ betreffs des politischen Massenstreiks nicht einverstanden, vielmehr erblickt die Versammlung in der

Mehrung der Diskussion über den politischen Massenstreik eine Anglisterei, die man wohl von einer christlichen, nicht aber von einer modernen Gewerkschaft erwarten dürfte. Auch steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß durch eine so gefällige Schreibweise, wie zur Zeit zwischen „Grundstein“ und „Vorwärts“, das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaft gefährdet ist, worüber die Versammlung lebhaftes Bedauern ausdrückt.“ — Hieran wurde zum ersten Vorgesetzten Kollege R. Rubin, zum ersten Kassierer A. Schwana, als Schriftführer Kollege S. Wegener wiedergewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde über unser Winterbegrußungs Bescheid gefaßt. Ferner wurde auf Antrag des Kassierers beschlossen, einen Schatz zur Aufbewahrung der Werksachen und Bücher anzuschaffen.

Anmerkung der Redaktion: Es ist selbstverständlich das gute Recht der Verbandsmitglieder, also auch der Zäckerler, dann und wann über diese oder jene Frage anderer Meinung als die Redaktion des „Grundstein“ zu sein. Und für eine Pflicht der betreffenden Mitglieder oder Mitgliedschaften halten wir es, ihre gegenteiligen Ansichten zu äußern. Abweichende Meinungen müssen aber begründet sein, um so mehr, wenn sie in Referaten und Protestresolutionen zu Tage treten. Der Zäckerler Protest ist aber ganz unbegründet. Auch nicht den Schein einer Begründung finden wir, weder in dem Bericht über das Referat des Kollegen Fischer noch in der Resolution. Wir haben unsere Überzeugung, daß die Diskussion über den General- oder Massenstreik zur Zeit völlig unfruchtbar bleiben muß, in mehreren Artikeln begründet. Für uns ist die Ungelegenheit damit vorläufig erledigt. Wir verfolgten allerdings mit unseren Artikeln die Absicht, auch den Mitgliedern unseres Verbandes die Überzeugung beizubringen, daß zur Zeit mit einer Propagierung und Diskussion des Massenstreiks die Interessen der Gewerkschaften geschädigt werden und damit auch die Interessen der sozialdemokratischen Partei, da wir nach wie vor der Meinung sind, daß beide Interessen gleich sein müssen. Wenn wir diesen Zweck nicht bei allen Kollegen erreicht haben, so tut uns das leid — selbst wenn die Zäckerler Kollegen mit ihrer abweichenden Meinung allein bleiben sollten. Schlimm mag es freilich in den Köpfen der Zäckerler Protestler aussehen, da sie auch diesen ganz selbstverständlichen Satz eines unserer Artikel beanstanden. Wir werden immer nachdrücklich dafür eintreten, daß die Gewerkschaften tonangebend sind in Fragen, die ihre Fortentwicklung betreffen, wovon unter Umständen ihr Sein oder Nichtsein abhängt.“ Ja, zum Teufel! Sollten wir denn richtig aussehen, wenn durch die unkluge Taktik anderer Leute — und wären es anscheinend die besten Parteigenossen — die Gewerkschaften ruinirt werden? Das ist wahrhaftig auch nicht die Meinung der Zäckerler Kollegen. Aber wir kennen die Methode. Der „Vorwärts“ hatte in seinem blühenden Eifer, dem „Grundstein“ eins anzuhängen, auch den vorstehenden Satz zitiert — und unbeschadet wird er sofort von den Zäckerler Kollegen ausgegriffen und intrinisiert. Der „Vorwärts“ muß es ja wissen: Wenn der auf dem „Grundstein“ loshaut, hat dieser es unrettbar verdient, also stimmen wir ein in das Verdammnisurteil. — Ebenso verhält es sich mit dem „Ton“ des „Grundstein“ gegen den „Vorwärts“. In diesem Punkt hat der Tadel der Zäckerler Kollegen gegen uns erst recht daneben; er verfehlt darum auch völlig den Zweck, uns zu bessern. Sollte aber in Zäckerli die Absicht bestanden haben, eine kleine Hege gegen uns zu inszenieren und weitere Kreise der Verbandskollegen gegen uns aufzubringen, so würde uns auch diese Absicht, selbst wenn sie einigen Erfolg haben sollte, nicht zur Umkehr bewegen. Unsere Überzeugung ist fest gegründet — und prägen lassen wir uns nicht, auch nicht vom „Vorwärts“.

**Druckfehler-Berichtigung.** Im Bericht des Gauses Nürnberg sind einige Fehler enthalten, die wir hier richtig stellen. Auf Seite 18, Spalte 2, 2. Absatz muß es heißen: an 65 Tagen fanden Sitzungen usw. Auf Seite 19, Spalte 1, ist der Schlußsatz des 2. Absatzes zu streichen. Der vorhergehende Satz ist dahin umzuändern, daß die Lohnerhöhung für 553 Maurer nicht 40 z, sondern 4 z pro Stunde beträgt. Die folgende Zeile ist ganz ausgefallen, sie besagte, daß die Lohnerhöhung für 84 Maurer 6 z und für 2 Steinhauer 12 z pro Stunde beträgt.

**Aus der österreichischen Maurerorganisation.**

Wien, Anfang Januar 1906.  
Die Entwicklung unseres Verbandes kann auch in dem Jahre, das soeben zu Ende gegangen ist, günstig genannt werden. Im Herbst wird der gemachte Fortschritt wohl dadurch zum Ausdruck gebracht, wenn wir die Zahlen selbst sprechen lassen.

Der Mitgliederstand am Ende des Jahres 1903 betrug 4066 und wies am Schlusse des Jahres 1904 auf 14 618. Mit Ende Juni v. J. zählten wir 25 122. Die genaue Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres 1905 liegt zur Zeit noch nicht vor, aber sie dürfte sich von 30 000 nicht allzuweit entfernen. Sicher ist, daß sich die Zahl der Mitglieder gegen das vorige Jahr verdoppelt hat.

Die Mitgliederbewegung zeichnet sich durch sehr große Fluktuation aus, eine Erscheinung, die wir zur Zeit bei allen gewerkschaftlichen Organisationen finden. Die Schritte betragen im Jahre 1903 6362, im Jahre 1904 bereits 21 444 und in diesem Jahre gar 30 734. In Wien betragen die Beitritte heuer 9456, in Prag 3865, in Graz 1309, in Brünn 1179, in Reichenberg 1150 und in Mähr.-Odrau 1112.

Die Zahl der Austritte ist noch immer ganz bedeutend, dieser Zustand ist mit der Rückentwicklung zu vergleichen. So unangenehm diese Fluktuation einerseits ist, so erfreulich ist es wieder andererseits, daß es möglich war, so viele Kollegen dem Verbandsverbande zuzuführen, was auf eine außerordentlich und intensive Agitation schließen läßt. Die Werbestaff ist demnach ungewöhnlich stark, und ist also kein Grund vorhanden, zaghaft in die Zukunft zu blicken. Wenn die Periode der Arbeiterwanderung überwunden ist, wird auch für uns die Zeit kommen, wo der Mitglieder-



Aus den „Lumpenverbänden“.

Unter dieser ominösen Bezeichnung haben wir einige... Unter dieser ominösen Bezeichnung haben wir einige...

Wie bekannt, mußte für die Arbeiter im Buchdruck... Wie bekannt, mußte für die Arbeiter im Buchdruck...

So werden unsere Gewerkschaftsdrucker also von... So werden unsere Gewerkschaftsdrucker also von...

Die „Baugewerkschaft“ muß schon entschuldigen, daß... Die „Baugewerkschaft“ muß schon entschuldigen, daß...

Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, indem sie behauptet... Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, indem sie behauptet...

Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, wenn sie behauptet... Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, wenn sie behauptet...

Die „Baugewerkschaft“ muß schon entschuldigen, daß... Die „Baugewerkschaft“ muß schon entschuldigen, daß...

Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, indem sie behauptet... Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, indem sie behauptet...

Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, wenn sie behauptet... Die „Baugewerkschaft“ verleumdet, wenn sie behauptet...

Briefkasten.

Berlin, Kluge. Ehrenerklärungen nehmen wir nicht... Berlin, Kluge. Ehrenerklärungen nehmen wir nicht...

Köthen, Ch. W. Zwei Berichte auf einmal? Wir haben... Köthen, Ch. W. Zwei Berichte auf einmal? Wir haben...

Offenbach a. M., K. Die eine Sterbeanzeige können... Offenbach a. M., K. Die eine Sterbeanzeige können...

Jittan, G. M. Die Sterbeanzeige ist schon zu sehr... Jittan, G. M. Die Sterbeanzeige ist schon zu sehr...

N. Jügelheim, M. R. Da Sie die Karte mit der... N. Jügelheim, M. R. Da Sie die Karte mit der...

Seehausen, A. A. Das Geld für Anzeigen kann... Seehausen, A. A. Das Geld für Anzeigen kann...

Münster, J. W. Uns steht die Zeitschrift nicht zur... Münster, J. W. Uns steht die Zeitschrift nicht zur...

Märkisch, D. Der Kollege Muth ist niemals Lokal... Märkisch, D. Der Kollege Muth ist niemals Lokal...

Sohrenstein, R. B. Unter Veröderung einer... Sohrenstein, R. B. Unter Veröderung einer...

Sommerfeld, Ch. Die Aufnahme Ihres... Sommerfeld, Ch. Die Aufnahme Ihres...

Tautenhain, S. A. Der Errichtung einer... Tautenhain, S. A. Der Errichtung einer...

Eingegangene Schriften.

Auf verschiedene Anfragen müssen wir nochmals... Auf verschiedene Anfragen müssen wir nochmals...

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische... Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische...

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer),... Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer),...

„Altkohfrage und Arbeiterklasse“ von Dr. M. Fr... „Altkohfrage und Arbeiterklasse“ von Dr. M. Fr...

Anzeigen.

Liegnitz.

Der Kassierer, Kollege Adolf Babuck, wohnt Frauen... Der Kassierer, Kollege Adolf Babuck, wohnt Frauen...

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik bescheiden wir alle Todesfälle der... (Unter dieser Rubrik bescheiden wir alle Todesfälle der...

Dortmund. (Zahlelle Berne.) Am 7. Januar... Dortmund. (Zahlelle Berne.) Am 7. Januar...

Drlesien. Am 9. Januar verstarb nach langer... Drlesien. Am 9. Januar verstarb nach langer...

Großzimmern. Am 8. Januar verstarb unser... Großzimmern. Am 8. Januar verstarb unser...

Jügesheim. Am 8. Januar verstarb unser... Jügesheim. Am 8. Januar verstarb unser...

Welsch. Am 6. Januar verstarb unser... Welsch. Am 6. Januar verstarb unser...

Bernau.

Die Adresse des ersten Vorkommenden ist: Karl... Die Adresse des ersten Vorkommenden ist: Karl...

Grünberg i. Schl.

Unter jetziger Kassierer Julius Lehmann wohnt... Unter jetziger Kassierer Julius Lehmann wohnt...

Trebitzsch.

Sonnabend, den 20. Januar 1906, Abends 5 Uhr... Sonnabend, den 20. Januar 1906, Abends 5 Uhr...

Alle Kollegen vom Zweigverein Trebitzsch und... Alle Kollegen vom Zweigverein Trebitzsch und...

Zehdenick.

Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8 Uhr... Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8 Uhr...

Alle Kollegen sind hiermit eingeladen. Der... Alle Kollegen sind hiermit eingeladen. Der...

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der... (Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der...

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 20. Januar. Abends 7 Uhr... Sonnabend, den 20. Januar. Abends 7 Uhr...

Lockenwalde. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Lockenwalde. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Templin. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Templin. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Mittweide, den 24. Januar. Abends 8 Uhr... Mittweide, den 24. Januar. Abends 8 Uhr...

Sonnabend, den 28. Januar. Abends 8 Uhr... Sonnabend, den 28. Januar. Abends 8 Uhr...

Allenburg. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Allenburg. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Drlesien. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Drlesien. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Hohensalza. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Hohensalza. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Lochau. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Lochau. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Sonnabend, den 4. Februar. Abends 8 Uhr... Sonnabend, den 4. Februar. Abends 8 Uhr...

Neu-Ruppin. Abends 8 Uhr. Lokal wie oben... Neu-Ruppin. Abends 8 Uhr. Lokal wie oben...

Reinickendorf. Abends 8 Uhr im Vereinslokal... Reinickendorf. Abends 8 Uhr im Vereinslokal...

Sonnabend, den 28. Januar. Abends 8 Uhr... Sonnabend, den 28. Januar. Abends 8 Uhr...

Druid: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt... Druid: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt...